

Geheimdienste haben es bekanntlich schwer, öffentliche Akzeptanz zu gewinnen – vor allem dann, wenn eine historische Zäsur sie nicht zur Öffnung ihrer Archive zwingt. Denn im Grunde können nur Eingeweihte die Relevanz ihrer Arbeit bewerten. Um so größer ist die Bedeutung der hier publizierten sensationellen Dokumente einzuschätzen, mit denen sich erstmals die Rolle des Bundesnachrichtendienstes in der Krise um den Mauerbau vom August 1961 rekonstruieren lässt. Der BND wusste, was sich anbahnte, und traf entsprechende Vorkehrungen.

Matthias Uhl und Armin Wagner

„Die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung“

Bundesnachrichtendienst und Mauerbau, Juli–September 1961

Der vierzigste Jahrestag des Mauerbaus, die Abriegelung des Westteils der Stadt Berlin vom Umland und den östlichen Stadtbezirken, hat einen beträchtlichen Forschungsschub ausgelöst. Das sich in zahlreichen Publikationen artikulierende Interesse der Historiker richtete sich vorrangig auf die bis dahin quellenmäßig kaum erforschten Entscheidungsprozesse in der DDR und in der Sowjetunion, auf das Verhalten der ostdeutschen Bevölkerung und auf spektakuläre Flucht- und Todesfälle¹. Aber auch die Haltung der Westmächte und die bundesdeutsche Politik hat man nochmals untersucht, weil nun zahlreiche neue Akten zugänglich wurden. Deutlich wurde etwa, wie weit die britische Regierung zu gehen bereit war: Nach der Errichtung der Mauer regte Premierminister Harold Macmillan an, mit Moskau über die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie, die faktische Anerkennung der DDR und die Unterbrechung der politischen Bindung zwischen West-Berlin und dem Bundesgebiet zu diskutieren². Aufmerksamkeit fanden in diesem Zusammenhang auch Fragen einer unter anderem kulturgeschichtlich inspirierten Diplomatiegeschichte³. Wenig Konkretes allerdings ist bislang bekannt über das Wissen der westlichen Geheimdienste im Vorfeld

¹ Eine Auswahlbibliographie findet sich in www.chronik-der-mauer.de/index.php/material/literatur.

² Vgl. Rolf Steininger, *Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958–1963*, München 2001, S. 302; vgl. auch John P.S. Gearson, *Harold Macmillan and the Berlin Wall Crisis 1958–62. The Limits of Interests and Force*, Basingstoke 1998.

³ Vgl. vor allem Harald Biermann, *John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit*, Paderborn 1997; Christian Bremen, *Die Eisenhower-Administration und die zweite Berlin-Krise 1958–1961*, Berlin/New York 1998; Christof Münger, *Kennedy, die Berliner Mauer und die Kubakrise. Die westliche Allianz in der Zerreißprobe, 1961–1963*, Paderborn 2003; Andreas W. Daum, *Kennedy in Berlin. Politik, Kultur und Emotionen im Kalten Krieg*, Paderborn 2003.

des 13. August 1961⁴. Wie erklärte sich die Überraschung des Westens an diesem sommerlichen Sonntag, wenn es zuvor doch Signale gegeben hatte, dass eine Isolierung West-Berlins bevorstünde? Wurden die westlichen Hauptstädte trotz vieler Hinweise wirklich von der Abriegelung überrascht?

„Kennedy segelte vor Hyannis Port, das State Department war nahezu verwaist, [der amerikanische Außenminister] Rusk besuchte ein Baseballspiel; Macmillan befand sich auf Grauhuhnjagd in Schottland, und de Gaulle erholte sich in Colombey-les-Deux-Eglises.“⁵

Für Washington kam das, was sich da anbahnte, nicht unerwartet. Der eigentliche Grund für die verspätet einsetzende Reaktion der Amerikaner lag am Termin für die Grenzschießung, den Ost-Berlin ganz bewusst an einem Wochenende gewählt hatte⁶. Außerdem sah US-Präsident John F. Kennedy in der Abriegelung solange keinen Anlass zur Unruhe oder gar zur Intervention, wie die vertragsmäßigen Rechte der Westalliierten in Berlin gesichert blieben.

Was also hatten die amerikanischen Geheimdienste gemeldet? In der ersten Hälfte des Jahres 1961 vermuteten sie, dass die Sowjetunion versuchen werde, die Westmächte aus Berlin zu vertreiben, um das Ulbricht-Regime zu stärken und die DDR nicht dem Zerfall preiszugeben, der notwendigerweise aus einem anhaltenden Exodus der ostdeutschen Bevölkerung resultieren musste. Die Central Intelligence Agency (CIA) interessierte vor allem, ob auf Geheiß der Russen auch der westalliierte Zugang zu Berlin blockiert werden sollte – denn nur das hätte Kennedy veranlasst, entschieden und notfalls gewaltsam gegen die östliche Politik vorzugehen. Für die Analytiker in Langley standen also nicht Prognosen zum genauen Zeitpunkt einer Absperrungsaktion in Berlin auf der Agenda, sondern „isoliert und künstlich“ durchgespielte Lösungsszenarien für mögliche sowjetische Optionen⁷. Zwar entwickelten die Westalliierten schon während der fünfziger Jahre Pläne für ein militärisches Eingreifen, falls ihre Rechte in Berlin verletzt werden sollten⁸. In der geteilten Stadt jedoch zeigten sich scheinbar alle Sei-

⁴ Vgl. dazu jetzt Paul Maddrell, *The Western Secret Services, the East German Ministry of State Security and the Building of the Berlin Wall*, in: *Intelligence and National Security* 21 (2006), S. 829–847.

⁵ Steininger, *Mauerbau*, S. 262.

⁶ Zum Ablauf des politischen Entscheidungsprozesses und zu den Maßnahmen des Sicherheitsapparates in der DDR vgl. Matthias Uhl/Armin Wagner (Hrsg.), *Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer. Eine Dokumentation*, München 2003; zum politischen Kalkül Ost-Berlins vgl. außerdem Michael Lemke, *Die Berlinkrise 1958 bis 1963. Interessen und Handlungsspielräume der SED im Ost-West-Konflikt*, Berlin 1995.

⁷ Vgl. Bernd Stöver, *Mauerbau und Nachrichtendienste. Die CIA und der Wandel der US-Politik in Ostmitteleuropa*, in: Hans-Hermann Hertle/Konrad Jarausch/Christoph Kleßmann (Hrsg.), *Mauerbau und Mauerfall. Ursachen – Verlauf – Auswirkungen*, Berlin 2002, S. 139–146, hier S. 139 f.

⁸ Vgl. Christian Bremen, *Das Contingency Planning der Eisenhower-Administration während der zweiten Berlinkrise*, in: *Militärhistorische Mitteilungen* 57 (1998), S. 117–147; Sean M. Maloney, *Notfallplanung für Berlin. Vorläufer der Flexible Response 1958–1963*, in: *Militärgeschichte* 11 (1997), S. 5–17.

ten von den Ereignissen überrascht. Ein erregter Regierender Bürgermeister von West-Berlin forderte die westlichen Stadtkommandanten in Ermangelung wirksamer Ad-hoc-Gegenmaßnahmen zu entschiedenerem Protest auf. Erst später erkannte Willy Brandt: „Wäre ich, in jenen sonntäglichen Vormittagsstunden des 13. August, kühleren Blutes gewesen, hätte ich bemerkt, dass die verehrten Herren Kommandanten verwirrt, hilflos, ohne Anweisung waren.“⁹

Warum war Brandts Überraschung so perfekt? Hatte es, wenn schon keinen Informationsaustausch im politischen Raum, so doch wenigstens über nachrichtendienstliche Kanäle Vorwarnungen gegeben? Wie gestaltete sich das „Meldeaufkommen“ beim für die Auslandsaufklärung der Bundesrepublik Deutschland zuständigen Bundesnachrichtendienst (BND) unmittelbar vor und nach dem 13. August 1961, und welche Schlussfolgerungen hatte die Auswertung des Dienstes in Pullach daraus gezogen? Wurden Warnungen des BND an die Politik in Bonn und West-Berlin weitergegeben und dort überhört?

In dieser Dokumentation soll zunächst kurz auf bisherige Aussagen zum Informationsstand von Bundesregierung und West-Berliner Senat durch den BND sowohl in der Forschungs- als auch in der Memoirenliteratur eingegangen werden. Anschließend wird das ausgewertete Quellenkonvolut kurz vorgestellt und der skizzierte Forschungsstand dann an der zugänglichen archivalischen Überlieferung des Bundesnachrichtendienstes gespiegelt, die ab September 2003 vom Archiv-Referat des BND an das Bundesarchiv in Koblenz abgegeben wurde. Abschließend soll eine vorsichtige erste Bilanz zur Qualität der BND-Arbeit unmittelbar vor und nach dem Mauerbau versucht werden.

Östliche Handlungsoptionen in der Wahrnehmung Bonns und West-Berlins

Reinhard Gehlen, Gründer und langjähriger Präsident des Bundesnachrichtendienstes, hat immer darauf beharrt, dass mit Ausnahme des exakten Stichtages sein Dienst die „bevorstehende hermetische Abschließung der Zonengrenze, insbesondere in Berlin“ vorher gemeldet habe, einschließlich der „Lagerung von leichtem Sperrmaterial“¹⁰. In „Pullach intern“, der über lange Jahre maßgeblichen Gesamtdarstellung zur Geschichte von Organisation Gehlen und Bundesnachrichtendienst, schreiben die Autoren Hermann Zolling und Heinz Höhne, der BND habe bereits im Januar 1961 das Bundeskanzleramt informiert, in Ost-Berlin würden Straßen an der innerstädtischen Sektorengrenze umgeleitet. Mit zeitlicher Nähe zum Tag des Mauerbaus habe es noch deutlichere Indizien gegeben: Am 19. Juli

⁹ Willy Brandt, *Erinnerungen*, Frankfurt a. M. 1989, S. 10; vgl. bereits seine Darstellung in: Ders., *Begegnungen und Einsichten. Die Jahre 1960–1975*, Hamburg 1976, S. 11.

¹⁰ Reinhard Gehlen, *Der Dienst. Erinnerungen 1942–1971*, Mainz/Wiesbaden 1971, S. 285 f. Zur Person vgl. Dieter Krüger, Reinhard Gehlen (1902–1979). Der BND-Chef als Schattenmann der Ära Adenauer, in: Ders./Armin Wagner (Hrsg.), *Konspiration als Beruf. Deutsche Geheimdienstchefs im Kalten Krieg*, Berlin 2003, S. 207–236; Wolfgang Krieger, „Dr. Schneider“ und der BND, in: Ders. (Hrsg.), *Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart*, München 2003, S. 230–247.

habe der BND festgestellt, dass die SED-Führung die Aufstellung von Sicherungseinheiten und die Festlegung von Alarmplänen für alle zentralen Punkte Ost-Berlins vorbereite, am 1. August meldete der Dienst sogar die bevorstehende Abriegelung der Berliner Sektorengrenze und die Unterbrechung des S- und U-Bahnverkehrs¹¹. Während sich Egon Bahr, damals Leiter des Presse- und Informationsamtes des West-Berliner Senats, lediglich erinnert, er habe am Montag, den 14. August, die Lageeinschätzung des BND vom Freitag vor dem Mauerbau-Wochenende – also vom 11. August – gelesen, „mit der Aussage: Besondere Vorkommnisse seien für das Wochenende nicht zu erwarten“¹², gipfelten laut „Pullach intern“ die Vorhersagen des BND am Mittwoch, den 9. August, in der Information über eine bevorstehende „totale Absperrung“ West-Berlins¹³. Allerdings seien weder Indizien für Transport und Lagerung von Baumaterial und Stacheldraht noch das genaue Datum der Grenzabriegelung erkannt worden.

Nur im Rückblick erscheint die Schließung des Schlupflochs West-Berlin durch eine gewaltsame Abriegelung als geradezu zwingende Maßnahme. Ulbricht musste die Sowjetführung massiv in diese Richtung drängen; Chruschtschow fürchtete einen erheblichen Prestigeschaden, wenn die kommunistischen Mächte an der Nahtstelle des Systemkonfliktes gerade Ost-Berlin, das ein attraktives „Schaufenster des Sozialismus“ darstellen sollte, als Fluchtweg für die eigene Bevölkerung mit Stacheldraht dichtmachen müssten¹⁴. An drei mögliche Zuspitzungen der zweiten Berlin-Krise glaubte die westdeutsche Politik, „basierend auf Berichten der eigenen und der alliierten Dienste“¹⁵: erstens eine totale Blockade wie 1948/49, zweitens eine Forderung Moskaus nach Kontrolle der West-Berliner Flughäfen durch die Sowjets oder die DDR, oder drittens eine Abriegelung der Sektorengrenze. Eine vierte Alternative, nämlich die militärische Besetzung West-Berlins, wurde dagegen ausgeschlossen.

„Das erste wäre der schlimmste Fall gewesen. Das zweite schien politisch utopisch zu sein – daß die Westmächte russische oder DDR-Kontrollen auf ihren Flugplätzen zulassen würden, war undenkbar. Der Mauerbau schließlich wurde als nicht sehr wahrscheinlich angesehen.“¹⁶

Nach Franz Josef Strauß, 1961 Bundesverteidigungsminister, rechnete man am ehesten mit der ersten und schlimmsten Option, einer Wiederholung der Blockade ähnlich jener Ende der vierziger Jahre. Daher beobachtete der BND intensiv das Manövergeschehen in der DDR¹⁷. Aus den sowjetischen Truppenbewegun-

¹¹ Vgl. Hermann Zolling/Heinz Höhne, Pullach intern. General Gehlen und die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes, Hamburg 1971, S. 276; siehe hierzu auch Dokument 2, das offensichtlich die Grundlage für diese Information bot.

¹² Egon Bahr, Zu meiner Zeit, München 1996, S. 133.

¹³ Zolling/Höhne, Pullach intern, S. 276.

¹⁴ Vgl. Hope M. Harrison, Driving the Soviets up the Wall. Soviet-East German Relations, 1953–1961, Princeton 2003, S. 139–223.

¹⁵ Franz Josef Strauß, Die Erinnerungen, Berlin 1989, S. 382.

¹⁶ Ebenda.

¹⁷ Vgl. Zolling/Höhne, Pullach intern, S. 276.

gen – „wir besaßen ein detailliertes Feindlagebild“ – schlossen westdeutsche Politiker aktuell auf eine wahrscheinliche zweite Blockade Berlins¹⁸. Eine Behinderung des freien westalliierten Zugangs nach West-Berlin beherrschte auch die CIA-Analysen, und in Langley war man „zweifelloso auf die radikalsten Krisenlösungsstrategien gefasst“¹⁹. Immerhin hatte Nikita Chruschtschow, wie heute bekannt ist, über eine Luftblockade West-Berlins nachgedacht und nur aus Sorge vor einer unbeabsichtigten Eskalation bis hin zum Nuklearkrieg später wieder davon Abstand genommen²⁰.

Willy Brandts Bewertung deckt sich mit der von Strauß. Der damalige Regierende Bürgermeister berichtet in seinen Erinnerungen, man habe ihn oft gefragt, wann er erfahren habe, dass eine Mauer errichtet werden sollte. Die Antwort darauf lautete, er habe die Sperrung der Übergänge von Ost- nach West-Berlin befürchtet, aber nur die „Tendenz einer solchen Entwicklung war abzuschätzen, nicht Zeit und Form des Geschehens“²¹. Beurteilen könne er auch im Nachhinein nicht, ob nachrichtendienstliche Erkenntnisse realistische Schlüsse erlaubt hätten, denn:

„Mir wurden keine Hinweise der deutschen oder alliierten Geheimdienste übermittelt. [...] BND wie CIA, der britische und der französische Geheimdienst – sämtliche nachrichtendienstlichen Organisationen des Westens scheinen hinters Licht geführt worden zu sein.“²²

Bei all dem ist entscheidend: Die Kenntnis des exakten Termins hätte an der Abriegelung West-Berlins wohl nichts geändert. Die Entwicklung in Berlin wäre nach aller Wahrscheinlichkeit nicht anders verlaufen, wenn die Regierungschefs der westlichen Mächte kurzfristig von dem konkreten Sperrtermin erfahren hätten. Für einen Nachrichtendienst allerdings ist die Exakt- oder Fehlerhaftigkeit solcher Prognosen wichtig, und zwar nicht nur als Ausweis seines Aufklärungs- und Analysepotentials und damit seiner Effizienz. Schlüsselinformationen sind ungeachtet der Zweckmäßigkeitserwägung des politischen Augenblicks unverzichtbar, weil sie Kosten und Nutzen des Dienstes für die Politik legitimieren. Reinhard Gehlen hat dieses Existenzdilemma im Allgemeinen und im Besonde-

¹⁸ Strauß, Erinnerungen, S. 384.

¹⁹ Stöver, Mauerbau und Nachrichtendienste, in: Hertle/Jarausch/Kleßmann (Hrsg.), Mauerbau und Mauerfall, S. 140.

²⁰ Vgl. Ausführungen Chruschtschows auf der Sitzung des Präsidiums des ZK der KPdSU zum Treffen zwischen ihm und Kennedy in Wien, 26. Mai 1961, abgedruckt in: Prezidium ZK KPSS. 1954–1964. Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy. Postanovlenija. T. 1: Černovye protokol'nye zapisi zasedanij. Stenogrammy, hrsg. von A. A. Fursenko, Moskau 2004, S. 505. Zudem wurde in der Sowjetunion im Frühjahr 1961 eine Sondereinheit aufgestellt, die mit Minen versehenen Sperrballons ausgerüstet war und den Auftrag hatte, die Flughäfen West-Berlins zu blockieren. Die Einheit kam allerdings nicht zum Einsatz und wurde Anfang 1962 wieder aufgelöst. Vgl. A. I. Bernštejn, S čego načinalas' „Berlinskaja stena“, in: Voenno-istoričeskij archiv (2003), Nr. 12, S. 39–43.

²¹ Brandt, Erinnerungen, S. 56.

²² Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 14 f.

ren für die Wahrnehmung der Situation des Jahres 1961 folgendermaßen auf den Punkt gebracht:

„Es ist zu allen Zeiten das Los der geheimen Nachrichtendienste gewesen, mit vermuteten Mißerfolgen belastet zu werden, selbst dann, wenn in Wirklichkeit Erfolge zu verzeichnen waren. [...] Zu den ungerechtfertigten Vorwürfen, die vorübergehend auch von Politikern gegen den BND erhoben wurden, gehört vor allem das angebliche Versagen bei der Errichtung der Berliner Mauer. [...] Gegen diktatorisch geführte Regime, die sich aller Mittel eines Polizeistaates bedienen können, wird es in vielen Fällen Aufklärungsorganen von hoher Qualität und Risikobereitschaft zwar gelingen, die Vorbereitungen für Aktionen der Gegenseite zu erfassen. Daraus werden sich häufig Schlüsse ziehen lassen, die auch zu einer Eingrenzung des zu erwartenden Zeitpunktes führen. Stark abgeschirmte exakte Stichtage werden sich jedoch nur in seltenen Fällen feststellen lassen, zumal sie in straff organisierten Bereichen erst im letzten Augenblick aufgelöst werden.“²³

Allerdings gibt es auch andere Erklärungen. Schritte hin zu einer physischen Isolierung West-Berlins wurden von den Westmächten seit Jahren als mögliche Reaktion der DDR und der UdSSR auf die besondere Situation der politisch geteilten Stadt erwartet; bereits 1957 hatte die CIA über die Sperrung der Sektorengrenze Mutmaßungen angestellt²⁴. Tatsächlich gab es in Ost-Berlin sogar schon ab 1951/52 entsprechende Überlegungen²⁵. Mit der Zeit kann man eine gewisse Gewöhnung, eine Routine bei westlichen Politikern hinsichtlich solcher Meldungen unterstellen, die ihnen durch ihre geheimen Dienste vorgelegt wurden. So ließe sich auch erklären, dass Brandts Biograph Peter Merseburger auf dessen Paraphe hinweisen kann, die sich auf einem Bericht des Ostbüros der SPD²⁶ vom 4. August 1961 findet, der den Bürgermeister am 6. oder 7. August erreichte. Dieser Bericht – er stammte von einer Quelle des Ostbüros im Ministerium für Gesundheitswesen der DDR – erfasste die tatsächliche Lage sehr genau. Danach war die Absperrung West-Berlins geplant. Im DDR-Bezirk Potsdam, hieß es, ständen allein 15.000 Mann der Nationalen Volksarmee (NVA) bereit, die sogenannten Kampfgruppen der Arbeiterklasse und die Volkspolizei wären der Armee unterstellt worden²⁷. Hat der Regierende Bürgermeister im Schöneberger Rathaus eine derartige Brandmeldung überlesen oder in der Fülle täglich auf ihn einflutender Informationen verdrängt? Die dramatische Zuspitzung der Berlin-Krise im Sommer 1961 wurde im politischen Bonn und Berlin deutlich wahrgenommen, aber

²³ Gehlen, *Der Dienst*, S. 285 f.

²⁴ Vgl. Bernd Eisenfeld/Roger Engelmann, 13. August 1961: Mauerbau. Fluchtbewegung und Machtsicherung, Bremen 2001, S. 41.

²⁵ Vgl. Uhl/Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 12–15.

²⁶ Vgl. zu dieser Einrichtung Wolfgang Buschfort, *Das Ostbüro der SPD. 1946–1981*, München 1990; ders., *Parteien im Kalten Krieg. Die Ostbüros von SPD, CDU und FDP*, Berlin 2001.

²⁷ Vgl. Peter Merseburger, Willy Brandt 1913–1992. Visionär und Realist, Stuttgart/München 2002, S. 393 f.

mit dem Bau der Mauer wurde eine für die westdeutsche Seite „nur bedingt wahrscheinliche Entwicklung Wirklichkeit“, so Franz Josef Strauß im Rückblick²⁸. Dass die damaligen BND-Berichte nachzeitigem Kenntnisstand genau diese Option favorisierten, dürfte bei manchen Politikern nicht auf besonderes Interesse gestoßen sein, machte doch die nachrichtendienstliche Analyse der in Pülach gesammelten Informationen der bundesdeutschen Politik ihre letztlich geringen Handlungsspielräume gerade bei einem derartigen Vorgehen Ulbrichts und Chruschtschows in Berlin bewusst²⁹.

Die Zuspitzung der Berlin-Krise im Hochsommer 1961 spürte Brandt nach eigener Einschätzung immerhin „unmittelbarer als andere, die weit vom Schuß waren“³⁰. Die anderen hatten allerdings auch andere Sorgen. Nicht nur die erwähnte Befürchtung, eine neuerliche Blockade könne bevorstehen, trieb die bundesdeutschen Politiker um. Wenige Wochen nach dem Mauerbau machte Bundeskanzler Konrad Adenauer in einem Gespräch mit Journalisten geltend, es sei „in der Zone fühlbar“ gewesen, „daß irgendein Schlag beabsichtigt war“³¹. Allerdings habe Bonn, so Adenauer, nicht mit einer Grenzabriegelung gerechnet: „Wir hatten Nachrichten, daß in der Zone ein Aufstand drohte.“³² Handelte es sich dabei um eine Fehlkalkulation des BND oder eines anderen westlichen Dienstes? Immerhin beschäftigte das gleiche Problem auch die amerikanische Politik. Am 23. Juli 1961 wurde Außenminister Dean Rusk auf einen möglichen Aufstand angesprochen, am 24. Juli diskutierte der US-Senat darüber. „Noch Monate nach dem Mauerbau war die Frage, ob ein Aufstand in der DDR bevorstehe, Thema im State Department und in den Geheimdienstberichten.“³³ Ebenso dramatisch wie die Furcht vor Blockade und Aufstand stellte sich die Sorge dar, Chruschtschow könne nun ernst machen mit der Verwirklichung jener Drohung, welche die Westmächte seit dem Ultimatum des sowjetischen Staats- und Parteichefs vom November 1958 politisch am bedrohlichsten empfanden: Wenn sich die „freie“

²⁸ Strauß, *Erinnerungen*, S. 389.

²⁹ Siehe Dokument 1. Vgl. auch das Porträt Gehlens von Marion Gräfin Dönhoff in der „Zeit“ vom 26. 4. 1968, in der sich Dönhoff in nachträglicher Kenntnis einiger BND-Berichte von 1961 über das Erstaunen in Bonn verwundert zeigt: „Allerdings scheint es oft gar nicht so sehr daran zu liegen, dass die Politiker nicht lesen, sondern mehr daran, dass sie das, was sie lesen, nicht wahrhaben wollen“, hier zitiert nach Peter F. Müller/Michael Mueller, *Gegen Freund und Feind. Der BND: Geheime Politik und schmutzige Geschäfte*, Reinbek bei Hamburg 2002, S. 265. Ebenso der ehemalige BND-Präsident Hans-Georg Wieck über die Informationen des BND nach Bonn ab 1986: „Vieles passte aber nicht in die politische Landschaft und wurde deshalb verdrängt“, zitiert nach Karl-Rudolf Korte, *Deutschlandspolitik in Helmut Kohls Kanzlerschaft: Der begrenzte Einfluß des Ministeriums für Staatssicherheit auf das Regierungshandeln*, in: Georg Herbstritt/Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), *Das Gesicht dem Westen zu... DDR-Spionage gegen die Bundesrepublik Deutschland*, Bremen 2003, S. 415 f.

³⁰ Brandt, *Begegnungen und Einsichten*, S. 14.

³¹ Werner Bührer (Hrsg.), *Die Adenauer-Ära. Die Bundesrepublik Deutschland 1949–1963*, München/Zürich 1993, S. 290.

³² Ebenda.

³³ Stöver, *Mauerbau und Nachrichtendienste*, in: Hertle/Jarausch/Kleßmann (Hrsg.), *Mauerbau und Mauerfall*, S. 142.

und entmilitarisierte Stadt Berlin in den westlichen Hauptstädten nicht durchsetzen ließ, dann sollte nunmehr ein separater Friedensvertrag mit der DDR abgeschlossen werden. Sowjetische Hoheitsrechte bezüglich Berlin wären dann auf das genau dort ausblutende Ulbricht-Regime übertragen worden³⁴. Nicht die westlichen Nachrichtendienste hätten demnach ineffektiv gearbeitet, sondern die Alliierten hätten „einer falschen Krise entgegengezittert“³⁵.

Wenn Willy Brandt später nicht ausschließen wollte, „daß interessante Details in den Apparaten versickerten“, weil sich die politischen und militärischen Hauptquartiere auf eine andere Art von Krise vorbereiteten³⁶, muss genauer gefragt werden, ob es sich um hierarchische Kommunikationspannen im Behördenapparat selbst handelte, um Verluste bei der Weiterleitung von Analysen vom BND zum Bundeskanzleramt, oder ob die unsicheren, mehrdimensionalen Einschätzungen der westdeutschen Politik hinsichtlich der wahrscheinlichsten Option des östlichen Handelns eine Übereinstimmung verhinderten. Dass Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard, Kurt Georg Kiesinger und Willy Brandt mit dem eigenen Nachrichtendienst nicht besonders viel anfangen konnten, ist bekannt³⁷; dass die Fülle einlaufender Quellenmeldungen seitens der Beschaffer noch lange nicht in treffsicheren Analysen bei den Auswertern im Geheimdienstgeschäft münden, ist am Beispiel des Ministeriums für Staatssicherheit inzwischen gut herausgearbeitet worden³⁸. Einen genauen Einblick in die Arbeitsweise des BND auf der Mikroebene, jenseits der formalen Organisationsstruktur des Dienstes und gemeinsamer verwaltungstechnischer Verfahren von Bundesbehörden, eröffnen die jetzt zugänglich gewordenen BND-Akten zur Lage in Ost-Berlin und der DDR 1961 allerdings nur bedingt. Zudem fehlen quellengestützte Auskünfte über die Rezeption der Berichte aus Pullach bei den Empfängern auf der politischen Handlungsebene der Bundesrepublik Deutschland. Es kann jedoch an den bislang zugänglichen Dokumenten überprüft werden, welche Informationen der

³⁴ Vgl. zusammenfassend Gerhard Wettig, Die UdSSR und die Krise um Berlin. Ultimatum 1958 – Mauerbau 1961 – Modus vivendi 1971, in: Deutschland Archiv 34 (2001), S. 592–613; jetzt auch ausführlich ders., Chruschtschows Berlin-Krise 1958 bis 1963. Drohpolitik und Mauerbau, München 2006.

³⁵ Brandt, Begegnungen und Einsichten, S. 15.

³⁶ Ebenda.

³⁷ Vgl. Krüger, Reinhard Gehlen, in: Ders./Wagner (Hrsg.), Konspiration als Beruf, S. 234 f., und ders., Gerhard Wessel (1913–2002). Der Ziehsohn Gehlens an der Spitze des BND, in: Ebenda, S. 264–283, hier S. 276.

³⁸ Das Dilemma zwischen Beschaffung und Verwertung von geheimdienstlichen Ergebnissen beschreiben am Beispiel der Hauptverwaltung Aufklärung des MfS eindrucksvoll Kristie Macraakis, Führt effektive Spionage zu Erfolgen in Wissenschaft und Technik?, in: Herbstritt/Müller-Enbergs (Hrsg.), Das Gesicht dem Westen zu ..., S. 250–278, und Jörg Roesler, Unkonzentriert beim „Beschaffen“ und Bequemwerden beim „Abkupfern“? Das DDR-Mikroelektronikprogramm und die begrenzten Möglichkeiten von Industriespionage und illegalem Technologietransfer, in: Ebenda, S. 315–332; für die Sowjetunion vgl. Vladislav Zubok, Der sowjetische Geheimdienst in Deutschland und die Berlinkrise 1958–1961, in: Wolfgang Krieger/Jürgen Weber (Hrsg.), Spionage für den Frieden? Nachrichtendienste in Deutschland während des Kalten Krieges, S. 121–143, hier S. 129 u. S. 141.

Bundesnachrichtendienst geschöpft und wie er aufgrund dieser Erkenntnisse die Ereignisse in der DDR beschrieben, bewertet und eingeordnet hat.

BND-Dokumente als Quellen zum Mauerbau

Erst 1983 richtete der Bundesnachrichtendienst intern eine Organisationseinheit „Archivwesen“ ein. Im Jahr zuvor hatten Bundesarchiv und Bundesnachrichtendienst erstmals eine Verwaltungsvereinbarung über die Abgabe von deklassifiziertem Schriftgut des BND an das Bundesarchiv getroffen. Vorher waren sicherheitsrelevante Dokumente des Dienstes über Jahrzehnte zum Schutz von Quellen und Methoden nach Abschluss eines Vorgangs vernichtet worden, was aus Sicht der geschichtswissenschaftlichen Forschung einem „informationellen Totalverlust“ gleichkommt³⁹.

Unterlagen, die noch aus Wehrmachtsprovenienz stammten, wurden gemäß der Vereinbarung an das Bundesarchiv-Militärarchiv in Freiburg i. Br. abgeführt, solche, „deren Abschluss eindeutig nach 1945 lag“⁴⁰, an das Bundesarchiv Koblenz. Abgegeben wurde neben einigen Studien aus dem Bestand oder Umfeld der „Historical Division“ der U.S. Army⁴¹ auch ein Konvolut von ca. 26.000 Karteikarten aus der Abteilung Fremde Heere Ost im Generalstab des Heeres der Wehrmacht⁴² mit Erkenntnissen über die Rote Armee und die Polnische Volksbefreiungsarmee. Diese Kartei schließt nicht 1945, vielmehr diente sie zunächst der Organisation Gehlen, dann dem Bundesnachrichtendienst weiterhin als militärisches Auswertungsmittel. Letzte Eintragungen stammen von 1965⁴³. Ergänzend findet sich eine Feldpostnummernkartei mit 15.000 Erfassungsblättern, geführt von 1940 bis ca. 1969, zur Registrierung von sowjetischen Einheiten in der SBZ/DDR, im bis 1955 sowjetisch besetzten Teil Österreichs, in der Tschechoslowakei, Bulgarien und in den sowjetischen Militärbezirken Baltikum, Weißrussland, Kiew, Karpaten, Moskau, Transbaikal-Amur, Turkestan, Nord-Kaukasus sowie Fernost⁴⁴. Eine weitere serielle Quelle ist schließlich die Standortkartei DDR, etwa 10.000 dicht beschriebene Karteikarten. Sie zeugt von den

³⁹ Elke-Ursel Hammer, „Archivwesen“ im Bundesnachrichtendienst und Bestand B 206 im Bundesarchiv. Von Quellen-/Methodenschutz und dem historischen Interesse, in: Mitteilungen aus dem Bundesarchiv 12 (2004) 1, S. 42–44, hier S. 42.

⁴⁰ Ebenda.

⁴¹ Vgl. Bernd Wegner, Erschriebene Siege. Franz Halder, die „Historical Division“ und die Rekonstruktion des Zweiten Weltkrieges im Geiste des deutschen Generalstabes, in: Ernst Willi Hansen/Gerhard Schreiber/Bernd Wegner (Hrsg.), Politischer Wandel, organisierte Gewalt und nationale Sicherheit. Beiträge zur neueren Geschichte Deutschlands und Frankreichs. Festschrift für Klaus-Jürgen Müller, München 1995, S. 287–302.

⁴² Vgl. zur Abteilung Fremde Heere Ost Helmut Roewer/Stefan Schäfer/Matthias Uhl, Lexikon der Geheimdienste im 20. Jahrhundert, München 2003, S. 14; Krüger, Reinhard Gehlen, in: Ders./Wagner (Hrsg.), Konspiration als Beruf, S. 208–214.

⁴³ Bundesarchiv (künftig: BA) Koblenz, Bestand B 206/1-24.

⁴⁴ BA Koblenz, B 206/25-98.

Anstrengungen des BND, ab Beginn der 1950er Jahre systematisch fast 500 Standorte der sowjetischen Streitkräfte in Ostdeutschland⁴⁵ zu überwachen⁴⁶.

Bei den Dokumenten, die unter anderem Auskunft geben zum Mauerbau, und an denen die verschiedenen Positionen der Literatur hier erstmals abgeglichen werden können⁴⁷, handelt es sich zunächst um die von 1960 bis 1992 überlieferten „Militärischen Lageberichte OST“ mit insgesamt 298 Bänden in drei Teilsereien (Wochen-, Monats- und Jahresberichte). Als *finished intelligence* bietet dieser Bestand allerdings keinen Einblick in Beschaffung und interne Verarbeitung von Informationen. Bestimmungszweck war die „Erkenntnisübermittlung an einen mehr oder weniger großen externen Verteilerkreis – unter bewusstem Verzicht auf die Nennung der Quellen und die Offenlegung nachrichtendienstlicher Methoden“⁴⁸. Wer genau zu den Adressaten der Lageberichte gehörte, lässt sich anhand der vorliegenden BND-Unterlagen nicht ermitteln, auch sieht sich der Dienst gegenwärtig nicht in der Lage, darüber Auskunft zu geben⁴⁹. Zumindest die Frage des Verteilers lässt sich beim zweiten, teilweise ausgewerteten Quellenbestand – den Meldungen der Politischen Auswertung des BND – klar spezifizieren. Diese tagesaktuellen Nachrichtendienstinformationen wurden zumeist per Fernschreiben an das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für Verteidigung (seit Dezember 1961: der Verteidigung) sowie das Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen übermittelt. In dringenden Fällen konnten die entsprechenden Behörden auch telefonisch informiert werden. Zugang zu den Mitteilungen der Politischen Auswertung erhielten allerdings in einzelnen Fällen auch andere Dienststellen. Offenbar wurde mindestens gelegentlich recht breit informiert, denn die Meldungen erreichten, wie oben erwähnt, beispielsweise mit Egon Bahr auch einen Abteilungsleiter in der West-Berliner Senatskanzlei. Unter den Empfängern befanden sich weiterhin Residenturen des BND im In- und Ausland, Botschaftsvertretungen, das Bundesministerium für Wirtschaft sowie allgemein die westlichen Partnernachrichtendienste des BND, die unter dem Decknamen „Fleu-

⁴⁵ Von 1945 bis 1954 Gruppe der Sowjetischen Besatzungstruppen in Deutschland (GSBT), dann Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), von 1989 bis 1994 Westgruppe der Truppen (WGT); vgl. dazu Kurt Arlt, Sowjetische (russische) Truppen in Deutschland (1945–1994), in: Im Dienste der Partei. Handbuch der bewaffneten Organe der DDR, hrsg. von Torsten Diedrich, Berlin ²1998, S. 593–632.

⁴⁶ Vgl. ausführlich Armin Wagner/Matthias Uhl, BND contra Sowjetarmee. Westdeutsche Militärsplionage in der DDR, Berlin 2007; außerdem Matthias Uhl/Armin Wagner, Pullachs Aufklärung gegen sowjetisches Militär in der DDR. Umfang, Potential und Grenzen der order-of-battle-intelligence von Organisation Gehlen und Bundesnachrichtendienst, in: Deutschland Archiv 40 (2007), S. 49–67.

⁴⁷ Einige wenige Aktenstücke wurden auszugsweise bereits 2001 veröffentlicht; vgl. Klaus Wiegreffe, Die Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6. 8. 2001, S. 64–77.

⁴⁸ Hammer, „Archivwesen“ im Bundesnachrichtendienst, S. 43. Ein weiterer deklassifizierter Bestand liegt seit Frühjahr 2004 im Bundesarchiv Koblenz vor: 139 Bände aus dem Referat „Politische Auswertung SBZ/DDR“ mit Aufträgen des Referates zur Beschaffung gezielter Erkenntnisse, Bewertungen von Meldungen, interner Korrespondenz u. a. Die zugänglichen Unterlagen beginnen erst 1963 und geben daher keine „Echtzeit“-Auskünfte über das Jahr des Mauerbaus.

⁴⁹ Vgl. Antwort auf Anfrage der Autoren an das Archivreferat des BND vom 24. 1. 2006.

rop“ zusammengefasst waren. „Fleurop“ wurde allerdings kein Einblick in jene Informationen gewährt, die aus eigenen nachrichtendienstlichen Aufkommen bei den Verbündeten stammten.

Während die Wochen-, Monats- bzw. Jahresberichte keine Aussagen über Quellen und die interne Bewertung ihrer Informationen zulassen, bieten die Tagesmeldungen einen bedingten Einblick in das nachrichtendienstliche Tagesgeschäft des BND. Ein Großteil der nach Bonn weitergeleiteten Informationen stammte aus Spitzengliederungen der SED und einzelner DDR-Ministerien. Die erfolgte nachrichtendienstliche Bewertung der Quellen, in den vorliegenden Dokumenten ausschließlich mit den Buchstaben *B* „zuverlässig“ und *C* „ziemlich zuverlässig“, legt dabei nahe, dass kein unmittelbarer geheimdienstlicher Zugang zu den Spitzenfunktionären selbst bestand, wohl aber ihr direktes Umfeld (Referenten, Dolmetscher, Sekretärinnen usw.) gezielt abgeschöpft wurde. Ähnliches dürfte auch für die nachrichtendienstlichen Kanäle in sowjetischen Auslandsvertretungen gelten, die ebenfalls für die Gewinnung von Informationen genutzt wurden. Im Allgemeinen wurde der nachrichtendienstliche Wert der so gewonnenen Meldungen durch die BND-Auswertungszentrale als positiv eingeschätzt. Fast alle gesichteten Informationen wurden zumeist als mit den Ziffern 2 „zutreffend“ oder 3 „wahrscheinlich zutreffend“ bewertet⁵⁰.

Quellenkritisch bleibt allerdings festzuhalten, dass nur schwer zu rekonstruieren ist, ob eingelaufene Meldungen teilweise „Spielmaterial“ der gegnerischen Geheimdienste (MfS, KGB, GRU) waren, vor allem in der Zeit unmittelbar vor und nach dem Mauerbau. Denn da die Quellen kaum identifizierbar sind, kann auch nicht überprüft werden – zum Beispiel anhand der Akten der Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR –, ob diese bereits von den östlichen Geheimdiensten erkannt oder sogar unter deren Kontrolle waren. Auf diese Weise könnten von Ost-Berlin oder Moskau erwünschte Tendenzmeldungen lanciert worden sein, etwa mit dem Zweck der psychologischen Entmutigung oder auch der Beruhigung, dass weiterführende militärische Aktionen nicht geplant waren. So legt zum Beispiel Dokument 3 den Verdacht nahe, dass es sich hier um eine gezielte Desinformation handelte. Obgleich die Quelle zunächst wahrheitsgemäß von Ulbrichts Drängen während der Moskauer Konferenz berichtet, „eine radikale Absperrung der gesamten SBZ einschließlich Ostberlins von Westberlin schlagartig durchzuführen“, folgt anschließend eine augenscheinliche „Beruhigungsspielle“ für den westlichen Gegenüber: „In Moskau ist nun jeder allzu offenkundige Versuch, Sperr- und Terrormaßnahmen innerhalb Berlins durchzuführen, als in der gegenwärtigen Situation unzweckmäßig abgelehnt worden.“⁵¹

⁵⁰ „Zur Erläuterung dieser Bewertungsskala wurde beim BND scherzhafterweise und übertreibend folgendes Beispiel gegeben: ‚Bewertung A 1 gibt es, wenn der Präsident der USA die Akten aus dem Weißen Haus liefert und mindestens drei seiner Staatssekretäre die Echtheit bestätigen. F 6 ist anzugeben, wenn ein unheilbar Geisteskranker über seinen Flug zur Venus berichtet‘“, so Heinz Felfe, *Im Dienst des Gegners. 10 Jahre Moskaus Mann im BND*, Hamburg/Zürich 1986, S. 44.

⁵¹ Siehe Dokument 3.

Gleichwohl besaßen die Auswerter⁵² des BND genügend Erfahrung, offensichtlich bewusst „an die westliche Adresse gerichtete Äußerungen“ als solche zu erkennen⁵³. Die Lageberichte bleiben also ein wertvoller Quellenbestand, verdeutlichen sie doch den Ist-Stand der Informationspolitik des Bundesnachrichtendienstes gegenüber der Bundesregierung. Es gibt keinen Anlass zu der Vermutung, dass die Berichte nicht zugleich auch die interne BND-Analyse artikulieren. Die Dokumente belegen zudem, dass der BND die Bundesregierung nicht nur über einzelne Vorgänge und die politische Gesamtlage *hinter* dem Eisernen Vorhang informierte. Von großem Interesse waren ebenfalls Geheimdienstberichte über die Verhandlungstaktik und weiteren Schritte der westlichen Verbündeten hinsichtlich der Krise um Berlin. Die Meldung über Äußerungen des US-Botschafters in der französischen Hauptstadt (Dokument 13) macht in ihrer hochrangigen „B-2“-Bewertung⁵⁴ und dem expliziten Verweis auf den „zuverlässigen Übermittlungsweg“ deutlich, dass Quellen mit fast zwangsweise besseren Erfolgchancen als in Ostblock-Ländern auch auf die eigenen Partner angesetzt wurden.

Das Lagebild des Bundesnachrichtendienstes im Sommer 1961

Der militärische BND-Lagebericht vom Juli 1961 (Dokument 1) fasste einleitend sehr präzise die sowjetischen Zielsetzungen zusammen, falls es zu einem separaten Friedensschluss mit Ost-Berlin kommen sollte: die politische und wirtschaftliche Isolierung West-Berlins, die Absperrung des Flüchtlingsstroms dorthin und die Unterbindung der Ausfliegepraxis von Flüchtlingen in die Bundesrepublik, „damit Konsolidierung des SBZ-Regimes“ und „de-facto-Anerkennung des Pankower Regimes“; in der Folge die Beseitigung der Ausstrahlungskraft des freien West-Berlin „in den Raum der SBZ“ und die Herauslösung Ost-Berlins aus dem Viermächte-Statut mit anschließender endgültiger Integrierung „in die SBZ“⁵⁵. Aus Sicht des BND schien sich die SED-Führung darauf einzustellen, „seit langem systematisch“ geschaffene Voraussetzungen „zur Abriegelung bzw. Überwachung der Zugänge aus Ost-BERLIN und der SBZ nach West-BERLIN“⁵⁶ in die Tat

⁵² Hier als Funktionsbegriff verstanden, um das 1961 mit der Auswertung einer Meldung beauftragte Personal der Zentralabteilung 125 (Auswertung und Lage) innerhalb der BND-Abteilung I (Aufklärung, Spionage) von den operativen Beschaffern zu trennen – nicht bezogen auf die geänderte Struktur des BND, die erst 1968 eine Abteilung Beschaffung (Abteilung I) und eine Abteilung Auswertung (Abteilung III) getrennt einrichtete; vgl. Albrecht Charisius/Julius Mader, Nicht länger geheim. Entwicklung, System und Arbeitsweise des imperialistischen deutschen Geheimdienstes, Berlin(-Ost) ³1978, S. 261 f., und Zolling/Höhne, Pullach intern, S. 306.

⁵³ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA Nr. 90300-k vom 24. 8. 1961, Zur Verhandlungsbereitschaft der SU in der Berlinfrage, hier: Stellungnahme BND-Auswertung (nicht abgedruckt); vgl. ebenso die Stellungnahme in B 206/822, Fernschreiben PA Nr. 90408-k vom 30. 8. 1961, Sowjetische Aussage zur Berlinfrage (Dokument 10).

⁵⁴ B 2 war herausragend; vgl. Felfe, Im Dienst des Gegners, S. 43.

⁵⁵ BA Koblenz, B 206/181, Militärischer Lagebericht Juli 1961, Bl. 22.

⁵⁶ Ebenda, Bl. 25.

umzusetzen, entweder durch Abschluss eines Separatfriedensvertrages mit der DDR⁵⁷ oder im Falle weiter anschwellender Flüchtlingszahlen bereits vorher: „Bei einer weiteren Steigerung des Flüchtlingsstromes nach West-BERLIN kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass sich das sowjetische Regime bereits vor diesem Termin zu Sperrmassnahmen entschliesst.“⁵⁸ Wie auch immer das geschehen sollte – die isolierte Lage der Stadt hätte zur Folge gehabt, dass „dem SED-Regime eine fast unerschöpfliche Fülle von Handhaben, Schikanen und Pressionen zur Verfügung steht“. Für den BND lag auf der Hand, dass wegen der unbedingt notwendigen Verhinderung weiterer Fluchtbewegungen mit einer „wirksamen Blockierung“ der Fluchtwege gerechnet werden musste⁵⁹. Zugleich mehrten sich Meldungen über zahlreiche Truppen- und Materialtransporte aus der Sowjetunion in die DDR und in die westlichen Gebiete Polens. Vor allem die Verlegung zahlreicher neuer Panzer in den Raum um Berlin und in die Nähe der deutsch-deutschen Grenze beunruhigte Pullach⁶⁰.

Gelang es dem BND, im August 1961 diese Informationen zu präzisieren? Bereits am 1. August lag eine Meldung von Ende Juli vor, in welcher das drängende Problem der Republikflucht nochmals hervorgehoben wurde (Dokument 2). Der zitierte „Spitzenfunktionär“ der SED betonte, dass Pläne für eine Unterbindung der Fluchten seit langem ausgearbeitet vorlägen, die Sowjets für deren Ausführung jedoch keine Erlaubnis gäben. Der BND-Auswerter konstatierte, seitens der SED-Führung seien intensive Bemühungen um eine Einwilligung Moskaus anzunehmen, zu deren Folgen „eine Abriegelung der Berliner Sektorengrenze und die Unterbrechung des S- und U-Bahnverkehrs gehören“. Die zunächst als „dringend“ eingeschätzte, dann allerdings zu einem gewöhnlichen Fernschreiben herabgestufte Meldung ging an das Bundeskanzleramt, das Auswärtige Amt sowie das Bundesverteidigungsministerium und damit an die wichtigsten politischen Entscheidungsträger der Bundesrepublik. Auch das Gesamtdeutsche Ministerium und die westlichen Partnerdienste wurden von den bevorstehenden „wirklich durchgreifende[n] Sperraktionen“ informiert⁶¹.

Derart eindeutig und zutreffend war das Informationsaufkommen keineswegs durchgängig. Die Meldung, von dem strafrechtlichen Tatbestand „Republik-

⁵⁷ „In sowjetischer Sicht ist ein mit beiden Teilen DEUTSCHLANDS abgeschlossener Frieden zwar vorteilhafter als ein separater Friedensvertrag mit der SBZ. [...] Beide Möglichkeiten verhalten sich zueinander wie eine Maximal- zur Minimallösung, nicht aber wie ein reiner Gewinn zu einem reinen Verlust“, in: Ebenda, Bl. 23 f.

⁵⁸ Ebenda, Bl. 25.

⁵⁹ Dieses und das vorhergehende Zitat in: Ebenda, Bl. 25 u. Bl. 28.

⁶⁰ Ebenda, B 206/107, Standortkartei des BND – Überwachung Garnison Altengrabow, Bl. 3; ebenda, B 206/109, Standortkartei des BND – Überwachung Standort Dresden, Bl. 8. Hier wurden am 14. 7. 1961 bei der Befragung des DDR-Flüchtlings D. Thomas folgende Informationen gewonnen: „Angebl[ich] sind im letzten ¼ Jahr eine erhebliche Anzahl fabrikneuer sowj[etischer] Panzer eingetroffen. Quelle schätzt grob, daß seit Anfang Juli auf Bhf DRESDEN-NEU-STADT ca. 120–140 fabrikneu aussehende Panzer entladen wurden, überwiegend T-54.“

⁶¹ Ebenda, B 206/822, Fernschreiben PA 90012-k vom 1. 8. 1961, Republikflucht aus der Sicht der SED (Dokument 2); bereits zitiert bei Wiegrefe, Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6. 8. 2001, S. 72.

flucht“ auf Weisung des DDR-Justizministeriums in Zukunft abzusehen und von „Menschenhandel“ zu reden, verband der BND-Informant mit der Erkenntnis, dies sei „die Voraussetzung für administrative Maßnahmen des SBZ-Innenministeriums“, um „in nächster Zeit eine Reihe von Verwaltungs-Vorschriften zur Einschränkung der Besuchsreisen in die Bundesrepublik“ zu erlassen und Kontrollstellen an der Sektorengrenze einzurichten⁶². Der Auswerter in Pullach fügte hinzu, mit einer weiteren Einschränkung des Interzonenverkehrs sei zu rechnen, „zumal dieser Weg in letzter Zeit vermehrt zur Flucht benutzt wurde“⁶³. Die Einrichtung des gemeldeten wirksameren Kontrollsystems vermutete er jedoch von der sowjetischen Einwilligung abhängig und bewertete sie vorsichtiger, denn „bisher läuft der Personenverkehr innerhalb Berlins reibungslos“. Die weitreichenden tatsächlichen Planungen der östlichen Seite wurden hier weder von der Quelle noch von der Zentrale erkannt. Zumeist jedoch demonstrierte die Auswertung eine gute Kenntnis der politischen Gesamtlage und vieler Details und konnte bei den vorliegenden Hinweisen sehr oft die Spreu vom Weizen trennen, nicht nur bezüglich der Einschätzung der Informanten, sondern ebenso in der Bewertung der gemeldeten Aufklärungsergebnisse. Die am 9. August einlaufende Meldung, es gebe Vorschläge, im Schienenverkehr die aus den westlich von Berlin gelegenen Orten Falkensee, Potsdam, Stahnsdorf und Mahlow durch das Gebiet von West-Berlin Richtung Ost-Berlin fahrenden Nahverkehrszüge zukünftig für den Fahrgastverkehr zu sperren und leer zum Zielbahnhof durch die westlichen Bezirke der geteilten Stadt fahren zu lassen, wurde als unwirtschaftlich und wenig wahrscheinlich verworfen. Eher sei daran gedacht, den Verkehr über die inzwischen ausgebauten Umgehungsstrecken um West-Berlin umzuleiten. Auch in diesem Fall vermutete der Bundesnachrichtendienst, die Entscheidung sei von Moskau abhängig, das aber bisher keine Erlaubnis gegeben hätte, den Verkehr innerhalb Berlins zu behindern⁶⁴.

Am selben Tag erreichte Pullach, wie bereits erwähnt, eine Meldung über die Konferenz der Warschauer Vertragsorganisation, die vom 3. bis 5. August in Moskau stattgefunden hatte (Dokument 3). Der Bundesnachrichtendienst hielt Ulbrichts Abriegelungsbemühungen für durchaus plausibel⁶⁵ und ließ diesen Punkt in seinen Wochenbericht einfließen, der aber einschränkend vermerkte, dass abzuwarten bleibe, ob Ulbricht mit entsprechenden Forderungen in Moskau durchdringen könne⁶⁶. Dass zu diesem Zeitpunkt eine Entscheidung Chruschtschows nach heutigem Wissen schon gefallen war, musste Pullach entgehen, hatten doch vom genauen Termin der Grenzschießung nur sehr wenige hochrangige sowjetische und ostdeutsche Spitzenfunktionäre Kenntnis. Auch von einer

⁶² BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90023-k vom 3. 8. 1961, Maßnahmen zur Verhinderung der Flucht aus der SBZ (nicht abgedruckt).

⁶³ Ebenda. Dort auch das folgende Zitat.

⁶⁴ Ebenda, Fernschreiben PA 90173-k vom 9. 8. 1961, Sowjetzonalen Überlegungen über Maßnahmen gegen Grenzgänger und Zonenflüchtlinge (nicht abgedruckt).

⁶⁵ Ebenda, Fernschreiben PA 90172-k vom 9. 8. 1961, Zur Moskauer Konferenz der KP-Führer der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3.–5. 8. 1961 (Dokument 3).

⁶⁶ Vgl. Wiegrefe, Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6. 8. 2001, S. 72 f.

Unterredung zwischen dem Chef des Stabes der GSSD, Generalleutnant Grigori Ariko, und dem Chef des Hauptstabes der Nationalen Volksarmee, Generalmajor Sigfrid Riedel, in der bereits am 25. Juli 1961 Einzelheiten zur Sperrung der Sektorengrenze und des sogenannten Rings um Berlin vereinbart wurden⁶⁷, erfuhr der Bundesnachrichtendienst offenbar nichts. Seine Informanten sowie die auf DDR-Gebiet operierenden westlichen Partnerdienste meldeten im Vorfeld des Mauerbaus allerdings umfangreiche Truppenverlegungen der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und der NVA in den Raum Groß-Berlin. Allein zwischen dem 4. und 5. August 1961 trafen hier mehr als 4.600 sowjetische Soldaten ein⁶⁸. Zudem hielten die bereits im Juli festgestellten Truppenverlegungen aus der UdSSR in die DDR sowie an die polnische Westgrenze weiter an. Nach Informationen des BND, die auch durch Akten der Bundeswehr bestätigt werden, verstärkte die Sowjetunion zwischen Mai und August 1961 ihre Truppen in der DDR um gut 37.500 Mann auf insgesamt 380.000 Mann. Parallel dazu trafen im genannten Zeitraum mehr als 700 neue Panzer bei der GSSD ein; diese entsprach etwa dem Äquivalent von zwei bis drei Panzerdivisionen. Außerdem wurden an der polnischen Westgrenze zusätzliche 70.000 Soldaten disloziert, die aus sowjetischen Militärbezirken dorthin verlegt worden waren. Die in Ungarn stationierte sowjetische Südgruppe der Streitkräfte verstärkte die Militärführung der UdSSR um 10.000 Mann. Damit war die Mannschaftsstärke der sowjetischen Truppen in Mitteleuropa im Vorfeld des Mauerbaus um etwa 25 Prozent auf mehr als 545.000 Mann erhöht worden. Die Sowjetunion hatte fast ein Drittel ihrer gesamten Landstreitkräfte mobilisiert, um die definitive Grenzschießung in Berlin militärisch abzusichern⁶⁹.

Als am 13. August, dem Tag des Mauerbaus, eine Meldung über die Beschlüsse der Volkskammersitzung vom 11. August in der Auswertung eintraf, zeigte sich die inhaltliche Treffgenauigkeit dieser Nachricht, wenngleich sie als exakte Prognose zu spät kam (Dokument 5). Der vage Beschluss des DDR-Parlamentes, der schon drei Tage zuvor durch das Politbüro verbindlich festgelegt worden war, hatte demnach „dem Ministerrat alle Vollmachten erteilt“, um „Grenzgängertum“ und „Menschenhandel“ zu bekämpfen⁷⁰. Während die Volkskammer-Abgeordneten wenigstens dem Wortlaut zufolge nicht eindeutig erkennen konnten, dass sie

⁶⁷ Vgl. Uhl/Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 33 f. u. S. 89–93.

⁶⁸ BA Koblenz, B 206/107, Standortkartei des BND – Lage Berlin, 64/61 – Transporte und Kolonnen nach Berlin, Information CCFFA (Befehlshaber der in Deutschland stationierten französischen Streitkräfte), 4.–5. 8. 1961.

⁶⁹ Vgl. ebenda, B 206/118, Militärischer BND-Lagebericht Dezember, zugleich Jahresabschlussbericht 1961, 15. 12. 1961, Bl. 2 ff.; ebenda, B 206/181, Militärischer Monatsbericht August, 4. 9. 1961, Bl. 9–15; Bundesarchiv-Militärarchiv, BW 2/2226, Berlinkrise 1961/62 – Handakte General Gerhard Wessel – Ergänzung Lagebeitrag Heer, 10. 9. 1961, o. Bl.

⁷⁰ Armin Wagner, Stacheldrahtsicherheit. Die politische und militärische Planung und Durchführung des Mauerbaus 1961, in: Hertle/Jaraus/Kleßmann (Hrsg.), Mauerbau und Mauerfall, S. 119–137, hier S. 126.

der Grenzabriegelung zustimmten⁷¹, meldete die Quelle des Bundesnachrichtendienstes, die sachliche Präzisierung im Volkskammerbeschluss fehle gerade deshalb, „um der SBZ-Regierung ein zeitliches Überraschungsmoment zu sichern“⁷². Eine Information aus einer Konferenz beim Zentralkomitee der SED gab an, mit der Abriegelung des Ostsektors von Berlin sei in den nächsten Tagen zu rechnen. Ein genauer Termin konnte aber nicht ermittelt werden. Ob es sich bei dieser Information um den „wohl größten Coup“⁷³ des Bundesnachrichtendienstes handelte, wie der SPIEGEL 2001 mutmaßte, ist eher fraglich. Es wird nicht deutlich, warum dort diese Meldung auf den 12. August datiert wird, wo doch das Dokument selbst als frühestes Datum, an dem die Meldung offenbar den BND erreichte, den 17. August – also einen Zeitpunkt Tage nach der Grenzabriegelung – vermerkt⁷⁴.

Am Tag des Mauerbaus registrierte der Bundesnachrichtendienst immerhin die Ernennung von Marschall Iwan Konew zum Oberbefehlshaber der GSSD und machte in seiner Stellungnahme noch einmal auf den unzweifelhaft dramatischen Ernst der Lage in und um Berlin aufmerksam (Dokument 6). Der Bundesregierung wurde damit noch einmal vor Augen geführt, dass die sowjetischen Streitkräfte auf mögliche offensive Militäraktionen des Westens entsprechend reagieren würden. Zugleich wird bei dieser Meldung, deren Inhalt sich durch die spätere Entwicklung der Ereignisse im Wesentlichen bestätigte, erneut deutlich, dass der BND während der zweiten Berlin-Krise nachrichtendienstlichen Zugang zu sehr sensiblen Informationen der Partei- und Staatsführung der DDR besaß, die dort lediglich einem eng begrenzten Personenkreis bekannt wurden. In den Tagen vor dem 13. August waren innerhalb der Armeeführung nur Verteidigungsminister Heinz Hoffmann, der Chef der Politischen Verwaltung Waldemar Verner, Hauptstabschef Sigfrid Riedel und eine gegen Ende Juli, Anfang August für die unmittelbaren Vorbereitungen eingesetzte operative Gruppe aus weiteren elf Offizieren eingeweiht. Unter Berücksichtigung der ebenfalls im Ministerium des Innern der DDR eingesetzten Arbeitsgruppe und weiterer Kenntnisträger im Partei- und Staatsapparat lässt sich der wirklich informierte Kreis ab diesem Zeitpunkt bis zum Vorabend des Mauerbaus, dem 12. August, auf nur etwa 60

⁷¹ Dass Maßnahmen in dieser Richtung eingeleitet würden, war allerdings in Ost-Berlin spürbar, „denn jeder wußte, es lag was in der Luft“. So der als Kulturminister der DDR vorab eingeweihte Hans Bentzien, *Meine Sekretäre und ich*, Berlin 1995, S. 178.

⁷² BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90100 vom 13. 8. 1961, Beschlüsse der Volkskammersitzung vom 11. 8. 1961.

⁷³ Wiegrefe, Schandmauer, in: *Der Spiegel* vom 6. 8. 2001, S. 73. Dort wird aus dem Dokument ausführlicher zitiert.

⁷⁴ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90271-k vom 21. 8. 1961, Vorzeitige Durchführung der Absperrmaßnahmen in Berlin erst am 9./10. 8. 1961 beschlossen. Offensichtlich hatten die BND-Bearbeiter eines in den achtziger Jahren erstellten internen Berichtes über nachrichtendienstliche Informationen ihres Dienstes zum Mauerbau – der dem SPIEGEL wahrscheinlich vorlag – „vergessen“, dass der am 17. 8. 1961 eingetroffene Bericht der Quelle erst am 21. 8. als Fernschreiben an das Bundeskanzleramt, Auswärtige Amt und andere Behörden weitergeleitet worden war.

Personen schätzen⁷⁵. Es gibt bis heute keinen Hinweis darauf, dass der BND über einen Informanten im engeren Kern der SED-Prominenz, ihres Parteiapparats oder an hochrangiger Stelle in einem der Sicherheitsministerien verfügt hat. Auch in diesem Falle ist deshalb wohl von einer hierarchisch niedrig positionierten, aber funktionell erstklassigen Quelle auszugehen, wie sie etwa die amerikanische Central Intelligence Agency zwischen 1955 und 1966 mit einer technischen Angestellten an der Spitze eines kleinen Agentenringes unter anderem direkt im Zentralkomitee der SED platzieren konnte⁷⁶.

Am 15. August bekam die BND-Auswertung Nachricht von einer „Siegesstimmung wie nie zuvor“ in der SED-Führung⁷⁷. Die Quelle teilte mit, in der SED-Spitze sehe man die „Machtlosigkeit des Westens“ bestätigt und sei der Überzeugung, Berlin würde „für die Westmächte erheblich an Wert verlieren“, was deren Konzessionsbereitschaft stärken würde (Dokument 7)⁷⁸. Auf sowjetischer Seite herrschte, folgt man den BND-Meldungen, mehr Erleichterung denn Triumphgefühl (Dokument 10). Die Operation der Nationalen Volksarmee werde von den Sowjets als „hervorragend gut“ beurteilt, hatten sie doch bisher bezweifelt, „ob sich die Soldaten der NVA bei der Zonenbevölkerung durchsetzen könnten“⁷⁹. Die BND-Auswertung interpretierte diese Information als übereinstimmend mit den offiziellen Äußerungen der östlichen Seite, „aber nicht unbedingt“ als „tatsächliche Beurteilung der Sowjets“⁸⁰.

Für die Bundesregierung und damit auch für den Bundesnachrichtendienst musste von zentraler Bedeutung sein, ob durch einen separaten Friedensvertrag der Sowjetunion mit der DDR die einseitige Aufgabe der alliierten Vorbehaltsrechte bezüglich Berlin drohte. Ein solcher Schritt hätte der SED-Führung die Gelegenheit gegeben, selbständig gegen den Westteil der Stadt vorzugehen. Genau das schien sich in einer Reihe von Meldungen abzuzeichnen, die Pullach nur zwei Wochen nach der Grenzsperrung erhielt. So konnten die Auswerter bereits am 24. August lesen, dass „die feste Grenzziehung im Stadtgebiet von Berlin endgültig“ sei und „nicht mehr zurückgenommen“ würde⁸¹. Der Bundesnachrichtendienst deutete diese im Nachhinein präzise Information allerdings ausschließlich in den

⁷⁵ Vgl. Uhl/Wagner (Hrsg.), Ulbricht, Chruschtschow und die Mauer, S. 29 f. u. S. 42 ff.; Wiegrefe, Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6. 8. 2001, S. 72.

⁷⁶ Vgl. Reinhard Borgmann/Jochen Staadt, Deckname Markus. Spionage im ZK. Zwei Top-Agentinnen im Herzen der Macht, Berlin 1998; Jochen Staadt, Spione im ZK – der Fall Arno Heine. Die westlichen Dienste waren gut informiert und hüten bis heute ihre Geheimnisse, in: Zeitschrift des Forschungsverbundes SED-Staat, Nr. 14/2003, S. 22–38.

⁷⁷ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90254-k vom 15. 8. 1961, Stellungnahme eines hohen SED-Funktionärs zur Entwicklung der Lage in Berlin; vgl. auch Wiegrefe, Schandmauer, in: Der Spiegel vom 6. 8. 2001, S. 77.

⁷⁸ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90254-k vom 15. 8. 1961, Stellungnahme eines hohen SED-Funktionärs zur Entwicklung der Lage in Berlin.

⁷⁹ Ebenda, Fernschreiben PA 90280-m vom 22. 8. 1961, NVA hat nach sowjetischer Ansicht ihre Bewährungsprobe in Berlin erfolgreich bestanden.

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Ebenda, Fernschreiben PA 90294-m vom 24. 8. 1961, Die Grenzziehung durch Berlin wird nicht rückgängig gemacht (nicht abgedruckt).

angenommenen Konsequenzen für die „große Politik“, nämlich den Separatfriedensvertrag mit der DDR. Unter dem gleichen Blickwinkel sah man in Pullach parallel einlaufende Meldungen, dass Ost-Berlin nunmehr die Fragen der eigenen „Passhoheit“ und „Lufthoheit“ in Angriff nehmen wolle. Ersteres wäre ein symbolisch wichtiger Schritt des ostdeutschen Kampfes gegen die Hallstein-Doktrin gewesen; letzteres („Hierbei müsse die günstige Lage des Flugplatzes Schönefeld gegenüber Tempelhof hervorgehoben werden“) hätte ganz konkret den freien Zugang der Bundesrepublik nach West-Berlin gefährdet⁸². Die BND-Analyse zeugte von einer gewissen Unsicherheit, erkannte sie doch in dem Vorgehen der SED-Führung noch vor Abschluss eines Separatfriedens eine Änderung der politischen Linie „Pankows“, wusste jedoch nichts über die vermutete Wahrscheinlichkeit eines solchen Schrittes zu sagen. Immerhin schien sich diese Meldung im ersten Drittel des Septembers 1961 zu bestätigen, als die BND-Zentrale die Mitteilung erreichte, militärische Vorbereitungen seien getroffen worden, um „schlagartig“ die Einstellung des zivilen Luftverkehrs nach West-Berlin zu erzwingen (Dokument 12)⁸³. Das hielt Pullach aufgrund des bisherigen Meinungsbildes jetzt für glaubhaft. Eine Meldung, die aus heutiger Perspektive schlechthin als Schlüsseldokument verstanden werden muss, erreichte den Gehlen-Dienst wenige Tage später. Laut eines abgeschöpften sowjetischen Gesprächspartners, so hieß es dort, sei mit der Abriegelung der Staatsgrenzen das „Westberlinproblem“ noch lange nicht erledigt (Dokument 14): „Westberlin solle die ‚magnetische Wirkung‘ genommen werden. Es solle so bald wie möglich in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht von der Bundesrepublik getrennt werden [...]“. ⁸⁴ Was noch nach der alten Rhetorik des Chruschtschow-Ultimatums klang, wurde dann aber relativiert: „Allerdings sei das Problem Westberlin nur für ULBRICHT das erstrangige Thema, während es für CHRUSCHTSCHOW erst an zweiter Stelle stehe.“ Und weiter: Die „Westberlinkrise bilde nur den Hebel“ für die wichtigeren Themen einer Neutralisierung beider deutscher Staaten und der militärischen Abrüstung der Bundesrepublik⁸⁵. Diese Kurskorrektur der sowjetischen Politik, die weitergehende Forderungen Ulbrichts an den Kreml definitiv zurückwies⁸⁶, wurde vom BND aufgrund seiner einseitigen Fixierung auf den immer wieder erwarteten separaten Friedensvertrag in ihrer Tragweite nicht erkannt.

Auch eine weitere Spitzenmeldung von einer im Umfeld der sowjetischen Botschaft in Ost-Berlin platzierten Quelle analysierten die Auswerter falsch (Dokument 15). Wenn Sowjetbotschafter Michail G. Perwuchin gegenüber Ulbricht am 25. September 1961 erläuterte, dass sich „die sowjetische Taktik in der Berlinfrage geändert hätte“ und es in Moskau „gewisse Anzeichen“ gebe, die „möglicherweise

⁸² Ebenda, Fernschreiben PA 90401-k vom 25. 8. 1961, Weitere Pläne Pankows für Berlin (nicht abgedruckt).

⁸³ Ebenda, Fernschreiben PA 90757-k vom 10. 9. 1961, Östliche Vorbereitungen zu Eingriffen in den zivilen Luftverkehr nach West-Berlin.

⁸⁴ Ebenda, Fernschreiben PA 90834-m vom 15. 9. 1961, Zur Bedeutung der Berlinfrage in sowjetischer Sicht.

⁸⁵ Ebenda.

⁸⁶ Vgl. Harrison, *Driving the Soviets*, S. 68.

für ein Hinausschieben der Unterzeichnung [des Friedensvertrages] sprächen“⁸⁷, dann heißt dies aus heutiger Sicht, dass Chruschtschow von seiner bisherigen politischen Strategie in der Berlin-Krise abrückte. Der sowjetische Parteichef hatte erkannt, dass ihm die mit dem Mauerbau erreichte „Minimallösung“ letztlich doch mehr politischen Gewinn versprach als eine Unterzeichnung des von Ulbricht beharrlich geforderten Separatfriedensvertrags⁸⁸. Die Quelle meldete – wie in der Rückschau erkennbar wird: völlig zutreffend – zwei Dinge: den neuen Kurs Chruschtschows, mit dem dieser die weitreichenden Forderungen Ulbrichts zurückwies, und auch den Preis, der dafür zu zahlen war: An der Staatsgrenze in Berlin und gegenüber der Bundesrepublik würden die Absperurmaßnahmen „so perfektioniert werden, dass ‚keine Maus mehr durchkommt‘“⁸⁹. Dass der bundesdeutsche Geheimdienst dem sowjetischen Staatschef nun ein noch vor kurzem konstatiertes „elastisches Taktieren“ und eine „Wendigkeit im Wechsel der jeweiligen Methoden“ nicht mehr zubilligte (vergleiche Dokument 1), sondern unbeirrt an der Idee eines Separatfriedens festhielt, zeigt, dass Pullach trotz allgemein guter Lagekenntnis und trotz guter Quellen nicht vor Fehleinschätzungen gefeit war. Die Ursachen hierfür liegen teilweise im widersprüchlichen Meldeaufkommen: Noch im Vormonat hatte eine Information die Unterzeichnung des befürchteten (Separat-)Friedensvertrages zwischen Chruschtschow und „Pankow“ für den 7. oder 8. Oktober angezeigt (Dokument 11). Ein weiterer Grund scheint darin zu liegen, dass die politisch fest fixierten Vorstellungen Bonns im BND die Notwendigkeit und möglicherweise auch die Bereitschaft zu einer unvoreingenommenen und kritischen Analyse reduzierten.

Östliche Handlungsoptionen in der Wahrnehmung Pullachs

Die Kenntnisse des Bundesnachrichtendienstes vom Mauerbau verdeutlichen mit den Worten Reinhard Gehlens „die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen nachrichtendienstlicher Aufklärung in besonders verständlicher Weise“⁹⁰. Spektakuläre Befunde aus den derzeit freigegebenen Akten des Dienstes, die unser Wissen über die Arbeit des Dienstes quasi vom Kopf auf die Füße stellen, gibt es nicht. Feststellen lässt sich allerdings, dass der BND im Vorfeld der am 13. August erfolgten Abriegelung West-Berlins zumindest die „Form des Geschehens“ (Willy Brandt) korrekt an die politischen Entscheidungsinstanzen in Bonn weitergegeben hat. Zugleich zeigt sich eine rege Quellentätigkeit des Geheimdienstes, die offenbar immer noch höchste SED-Kreise erfasste⁹¹. Diese Tätigkeit und das fort-

⁸⁷ BA Koblenz, B 206/823, Fernschreiben PA 91128-m vom 5. 10. 1961, Betrifft: Konferenz PER-WUCHIN-ULBRICHT über Friedensvertrag und Grenzsicherung.

⁸⁸ Vgl. Lemke, Berlinkrise, S. 174–179; Harrison, Driving the Soviets, S. 209–211.

⁸⁹ BA Koblenz, B 206/823, Fernschreiben PA 91128-m vom 5. 10. 1961, Betrifft: Konferenz PER-WUCHIN-ULBRICHT über Friedensvertrag und Grenzsicherung.

⁹⁰ Gehlen, Der Dienst, S. 286.

⁹¹ Im Jahrzehnt zuvor war der BND diesbezüglich recht erfolgreich. Bekannt geworden ist vor allem der Fall Hermann Kastner, der immerhin kurzzeitig Stellvertreter von Ministerpräsident Grotewohl war. Auch Grotewohls Chefsekretärin Helene „Elli“ Barczatis wurde vom BND späte-

gesetzte Informationsaufkommen des BND *nach* dem 13. August zeigen, dass die Verbindung zu den eigenen Quellen durch die physische Trennung Berlins nicht plötzlich abbrach. Wie andere Dienste auch, hatte sich der bundesdeutsche Geheimdienst im Einklang mit seinen Meldeergebnissen offenbar auf eine solche Situation rechtzeitig eingestellt⁹². Jedoch fiel es dem Dienst in den Wochen danach recht schwer, den künftigen Kurs Moskaus und Ost-Berlins zu erkennen. Obwohl die operativen Grundlagen geheimdienstlicher Aufklärung in Ost-Berlin weiterhin vorhanden waren, hatten die Experten wiederholt Probleme bei der treffgenauen Interpretation der Vorgänge, wohl weniger bedingt durch vorhandene widersprüchliche Meldungen als durch die „Schere“ im eigenen Kopf, die dem östlichen Gegenüber den geradlinigen Ablauf ihres Masterplans für einen separaten Friedensvertrag und die Übertragung politischer Hoheitsrechte von Moskau an Ost-Berlin unterstellte.

Eine Untersuchung der Leistungen des Bundesnachrichtendienstes im Sommer 1961 ist deshalb in historischer Sichtweise kaum darauf zu reduzieren, ob er tatsächlich „stark abgeschirmte exakte Stichtage“ (Reinhard Gehlen) ermitteln konnte. Solche Ereignisse vorab zu melden ist für die Reputation eines Geheimdienstes zweifellos wichtig und im Fall von Fehl- oder Nullmeldungen (*intelligence failures*) zum Teil mit höchsten Kosten verbunden, wie der 11. September 2001 anschaulich vor Augen geführt hat⁹³. Doch ist die Qualität eines Geheimdienstes auch an der Kontinuität und dem Niveau seines Meldeaufkommens wie den Fähigkeiten seiner Analytiker zu messen. Was den 13. August 1961 angeht: Die schließlich von SED-Chef Walter Ulbricht in Moskau durchgesetzte Option der Grenزابriegelung zur Unterbindung der Fluchtbewegung aus der DDR registrierte der Dienst im Juli und in der ersten Hälfte des August 1961 als wahrscheinlichste Möglichkeit zur Lösung des Problems. Andere denkbare Möglichkeiten Moskaus und Ost-Berlins gegen den Westteil der Stadt, so die von Franz Josef Strauß befürchtete Wiederholung der Berlin-Blockade von 1948/49, stellen keinen Widerspruch zu dieser Analyse der BND-Auswerter dar, sondern ergänzen

stens 1952 als Quelle angeworben und bis zu ihrer Festnahme und Hinrichtung 1955 geführt. Walter Gramsch, in verschiedenen Leitungspositionen der ostdeutschen Verkehrsbürokratie tätig, war die vielleicht wertvollste Quelle in den frühen Jahren westdeutscher DDR-Aufklärung. Von 1950 bis 1962 spionierte mit Günter Kiefer ein Abteilungsleiter in der Zentralverwaltung für Statistik des DDR-Ministerrates für den BND. Vgl. zu diesen Fällen Zolling/Höhne, Pullach intern, S. 150–162; Karl Wilhelm Fricke/Roger Engelman, „Konzentrierte Schläge“. Staatssicherheitsaktionen und politische Prozesse in der DDR 1953–1956, Berlin 1998, S. 181–194; Helmut Wagner, *Schöne Grüße aus Pullach. Operationen des BND gegen die DDR*, Berlin ²2001, S. 88–90. Zudem ist aus US-Dokumenten bekannt, dass der Dienst Mitte der fünfziger Jahre hinter dem Eisernen Vorhang mehr als 4000 Agenten besaß. Vgl. Annual History Report, Headquarters, US Army Europe, 1 July 1954–30 June 1955, Historical Division Headquarters, US Army Europe, 1956, S. 165, <<http://www.history.hqusareur.army.mil/Archives/Annual%20Folder/ah54-55.pdf>>.

⁹² Vgl. Uhl/Wagner, Pullachs Aufklärung, S. 61–64.

⁹³ Vgl. Wolfgang Krieger, Der 11. September: ein Versagen der Geheimdienste?, in: Ders. (Hrsg.), *Geheimdienste in der Weltgeschichte. Spionage und verdeckte Aktionen von der Antike bis zur Gegenwart*, München 2003, S. 324–344.

sich in den Stellungnahmen des Dienstes. Die von Adenauer geäußerte Sorge vor einem neuerlichen Volksaufstand in der DDR beruhte möglicherweise ebenfalls auf BND-Erkenntnissen, die allerdings von Pullach in Verbindung mit einer Abriegelung West-Berlins und nicht als initiales Ereignis gemeldet wurden. Glaubwürdig war im August 1961 wie noch in der heutigen Rückschau der Vermerk des Nachrichtendienstes, der „17. Juni-Komplex“ in der SED-Spitze sei „größer denn je“⁹⁴. Angeblich habe die Möglichkeit eines Aufstandes in der SBZ Chruschtschow von einer totalen Abriegelung in Berlin abgehalten, und auch die sowjetischen Vertreter vor Ort fürchteten, „dass ein Funke das Pulverfass zur Explosion bringen kann“⁹⁵. Alternativen Ost-Berlins zur Abriegelung der Stadt durch Stacheldraht und Mauerwerk schloss der Bundesnachrichtendienst deshalb noch im Juli 1961 prinzipiell nicht aus: „Die politische Struktur des kommunistischen Systems erlaubt – im Rahmen der festgelegten strategischen Gesamtplanung – ein elastisches Taktieren und gewinnt gerade aus der Wendigkeit im Wechsel der jeweiligen Methoden ihre Stärke.“⁹⁶ Nur gab es in den Tagen und wenigen Wochen danach aus Sicht des Bundesnachrichtendienstes für keine andere Möglichkeit so viele Indizien als für die gewaltsame Sperrung der Sektorengrenze und die Abriegelung West-Berlins. Genau das meldete die BND-Auswertung denen, die es wissen wollten.

⁹⁴ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90233-k vom 18. 8. 1961. Die Sowjets betonen, dass die in Berlin getroffenen Maßnahmen nicht gegen West-Berlin gerichtet sind. So auch schon mit auffallend ähnlichem Terminus technicus Staatssicherheitsminister Ernst Wollweber im Februar 1957: „Wir haben hier einen festen immer bestehenden Komplex in der DDR, und das ist der 17. Juni 1953. Der ist nicht wegzudenken.“ In: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der ehemaligen DDR im Bundesarchiv Berlin, DY 30/J IV 2/202/4/1, Bericht von MfS-General Bruno Beater vom 15. 2. 1957.

⁹⁵ BA Koblenz, B 206/822, Fernschreiben PA 90233-k vom 18. 8. 1961, Die Sowjets betonen, dass die in Berlin getroffenen Maßnahmen nicht gegen West-Berlin gerichtet sind.

⁹⁶ Ebenda, B 206/181, Militärischer Lagebericht Juli 1961, Bl. 23.

Dokumente

Dokument 1:

Militärischer Lagebericht des Bundesnachrichtendienstes für Juli 1961, o. Datum (Ende Juli 1961), BA Koblenz, B 206/181, Bl. 22–34.

[...]

C. Einzelberichte

I. Konsequenzen eines separaten Friedensvertrages des Ostblocks mit der SBZ

1. Die sowjetische Zielsetzung

Aus den bisherigen sowjetischen und sowjetnationalen Erklärungen und Ankündigungen sowie aus den nachrichtendienstlich erfassten Vorbereitungen und Planungen des SBZ-Regimes für die Zeit nach Abschluss des Separatfriedens lässt sich die folgende allgemeine Zielsetzung des Ostens erkennen:

- Schrittweise politische und wirtschaftliche Isolierung West-BERLINS mit dem Ziel der Schaffung der „Freien Stadt West-BERLIN“ unter vorläufiger Duldung der Anwesenheit alliierter Truppen.
- Absperrung des Flüchtlingsstromes aus der SBZ nach West-BERLIN, Verhinderung des Ausfliegens der Flüchtlinge in die Bundesrepublik; damit Konsolidierung des SBZ-Regimes;
- de facto-Anerkennung des Pankower Regimes durch Erzwingung von Verhandlungen der Westmächte und der Bundesrepublik mit der SBZ;
- allmähliche Ausschaltung der als äußerst lästig empfundenen Ausstrahlungskraft des freien West-BERLIN in den Raum der SBZ;
- Herauslösung Ost-BERLINS aus dem Viermächtestatut und endgültige Integration in die SBZ;
- Untergrabung der HALLSTEIN-Doktrin⁹⁷;
- Antrag der SBZ auf Annahme in die UN;
- Vorantreibung der diplomatischen Anerkennung der SBZ unter günstigeren völkerrechtlichen Voraussetzungen.

Alle nachstehend skizzierten, vom Ostblock eingeplanten und beabsichtigten Konsequenzen, die sich aus dem Abschluss des Separatfriedens für die Situa-

⁹⁷ 1955 von Außenstaatssekretär Walter Hallstein und dem Leiter der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Wilhelm G. Grewe, entwickelte außenpolitische Maxime der Bundesrepublik Deutschland zur Durchsetzung ihres Alleinvertretungsanspruchs. Danach wurde die Anerkennung der DDR durch ein drittes Land von Bonn als „unfreundlicher Akt“ bewertet und mit Abbruch oder Verzicht diplomatischer Kontakte oder wirtschafts- und entwicklungspolitischer Maßnahmen sanktioniert.

tion BERLINS und der SBZ ergeben können und entsprechende Aktionen der östlichen Seite zu ihrer Verwirklichung zur Folge haben werden, lassen sich auf eine der obigen Zielsetzungen der sowjetischen Politik zurückführen.

Dabei muss darauf hingewiesen werden, dass eine exakte Voraussage über die Wahl, Terminisierung bzw. Koppelung und Art der Durchführung der Maßnahmen im einzelnen nicht möglich ist, weil sich der Osten im Hinblick auf die jeweilige Beurteilung der politischen Gesamtsituation, des Widerstandswillens des Westens, der Reaktion der SBZ-Bevölkerung und anderer wesentlicher Faktoren die Reihenfolge und Dosierung ihrer Anwendung bewusst offen hält. Die politische Struktur des kommunistischen Systems erlaubt – im Rahmen der festgelegten strategischen Gesamtplanung – ein elastisches Taktieren und gewinnt gerade aus der Wendigkeit im Wechsel der jeweiligen Methoden ihre Stärke.

2. Allgemeine politische Konsequenzen beim Abschluss des Separatfriedens

In sowjetischer Sicht ist ein mit beiden Teilen DEUTSCHLANDS abgeschlossener Frieden zwar vorteilhafter als ein separater Friedensvertrag mit der SBZ. Der letztere wird aber keinesfalls nur als ein notfalls in Kauf zu nehmendes Übel angesehen, da er auch nicht zu unterschätzende Vorteile mit sich bringt. Beide Möglichkeiten verhalten sich zueinander wie eine Maximal- zur Minimallösung, nicht aber wie ein reiner Gewinn zu einem reinen Verlust. Der separate Friedensvertrag verbessert die politische Position des Ostens sowohl in der DEUTSCHLAND-Frage als auch in der BERLIN-Frage nicht unwesentlich.

Der bis zum Ende des Jahres 1961 angekündigte Abschluss eines Separatfriedens mit der SBZ soll nach den Worten CHRUSCHTSCHEWs das SBZ-Regime in die vollen Souveränitätsrechte über Berlin und seine Verkehrsverbindungen einsetzen und die Besatzungsrechte der Westmächte aufheben. Mit einem solchen Schritt will die SOWJETUNION sich nach außen hin völlig aus BERLIN zurückziehen und die Westmächte damit zwingen, sich unmittelbar mit der SBZ mit allen daraus entstehenden Folgen auseinanderzusetzen. Die SOWJETUNION würde sich dann in der BERLIN-Frage nicht mehr vom Westen ansprechen lassen, könnte jedoch wie bisher jeden Schritt der SBZ, die nach wie vor ausschließlich nach den Weisungen Moskaus operieren wird, dirigieren. An der in allen BERLIN betreffenden Fragen stark eingeschränkten Handlungsvollmacht des SBZ-Regimes würde sich damit nichts ändern. Auch nach Abschluss des Separatfriedens mit der SBZ würde dann die BERLIN-Frage nicht die Eigenschaft eines „Hebels“ für die sowjetische Politik verlieren, da sich nach wie vor 2,2 Millionen West-BERLINer in geographisch, politisch und wirtschaftlich ungünstiger Lage inmitten des kommunistischen Machtbereichs befinden werden, an deren Schicksal sich der Westen nicht desinteressiert zeigen kann.

3. Zu erwartende östliche Aktionen und ihre Konsequenzen hinsichtlich der Lage in der SBZ

Nachdem in der SBZ seit langem systematisch die technisch-organisatorischen Voraussetzungen zur Abriegelung bzw. Überwachung der Zugänge aus Ost-BERLIN und der SBZ aus West-BERLIN geschaffen worden sind, scheint sich das SED-Regime nunmehr darauf vorzubereiten, mit dem Abschluss des Separatfriedens entsprechende Maßnahmen zur Sperrung der Zugänge nach West-BERLIN wirksam werden zu lassen. Bei einer weiteren Steigerung des Flüchtlingsstromes nach West-BERLIN kann die Möglichkeit nicht ausgeschlossen werden, dass sich das sowjetische Regime bereits vor diesem Termin zu Sperrmaßnahmen entschließt. Während die SBZ mit Inkrafttreten des Separatfriedens die Demarkationslinie zur Bundesrepublik vermutlich „de jure“ zur Staatsgrenze erklären wird, dürfte sie hinsichtlich der Grenzen zwischen der Sowjetzone und BERLIN und der Sektorengrenze in BERLIN eine andere Formulierung finden, da nach der Terminologie des Ostens ganz BERLIN „auf dem Territorium der DDR“ liegt. Ungeachtet dieses Umstandes muss jedoch bei der großen Bedeutung, die eine Absperrung des Flüchtlingsstromes für das SED-Regime hat, de facto mit einer wirksamen Blockierung der Fluchtwege nach West-BERLIN gerechnet werden.

Eine solche Abriegelung dürfte von Pankow mit wesentlichen „Störmaßnahmen“ motiviert werden. Sie würde die 17 Millionen Bewohner der SBZ und Ost-BERLINS aufs schwerste treffen und in ihrer Größe noch nicht endgültig abzuschätzende Auswirkungen auf die Situation in der SBZ und darüber hinaus auch im übrigen osteuropäischen Satellitenbereich haben.

Sie böte dem SED-Regime – im Gegensatz etwa zu einer Sperrung der westlichen Zufahrtswege – zudem den Vorteil, dass keine unmittelbaren Interessen der Westalliierten berührt würden und dass etwaige westliche Repressalien nur schwer Anwendung finden könnten.

Die westlichen Zusicherungen hinsichtlich BERLINS werden von der SBZ-Bevölkerung zwar als Garantie für die persönliche Freiheit der West-BERLINer und für die Sicherheit der Verbindungswege West-BERLINS zur Bundesrepublik bewertet, lassen jedoch ihre zentrale Frage unbeantwortet, ob West-BERLIN auch weiterhin seine Funktion als Zufluchtsstätte der Flüchtlinge und Vorort des Westens erfüllen kann.

Die Ausstrahlungskraft des freien West-BERLIN und die hier bestehenden Fluchtmöglichkeiten können in ihrer Auswirkung auf das innere Widerstandspotential und damit auf die politische Haltung der SBZ-Bevölkerung nicht hoch genug veranschlagt werden. Für das SBZ-Regime haben sie bisher eine zunehmend schwere, auf die Dauer kaum tragbare Belastung gebildet und die Konsolidierung des Systems verhindert. Erst mit der Unterbindung

der Fluchtwege nach West-BERLIN könnte das SBZ-Regime seine volle innerpolitische Bewegungsfreiheit gewinnen und unter Ausnutzung der in der Zonenbevölkerung mit Sicherheit zu erwartenden allgemeinen Resignation und Enttäuschung drängende Probleme (Normenfrage, vollständige Sowjetisierung aller Lebensbereiche) ohne die bisher notwendige Rücksichtnahme energisch in Angriff nehmen und erst hiermit die gleichen Existenzbedingungen wie die übrigen europäischen Satellitenstaaten erlangen.

4. Zu erwartende östliche Aktionen hinsichtlich der alliierten Verkehrsverbindungen BERLINS

Zahlreiche Hinweise betonen, dass mit dem Abschluss eines separaten Friedensvertrages alle aufgrund des Abkommens vom 20. 9. 1955⁹⁸ der SOWJET-UNION noch vorbehaltenen Kontrollrechte an die SBZ übertragen werden sollen. Da die Kontrolle des zivilen Verkehrs von und nach West-BERLIN – mit Ausnahme des zivilen Luftverkehrs (vgl. Ziffer 6⁹⁹) – bereits seit 1955 in die Kompetenz der SBZ übergegangen ist, wird nach östlicher Auffassung tatsächlich nur auf dem Gebiet des militärischen Verkehrs der Westalliierten eine Änderung der Rechtslage eintreten.

Es ist jedoch fraglich, ob überhaupt und in welchem Umfang die SBZ auf Weisung Moskaus von den übertragenen Rechten zunächst Gebrauch machen und dadurch Störungen im alliierten BERLIN-Verkehr hervorrufen wird. Es ist durchaus denkbar, dass Pankow den alliierten Verkehr nach den bisherigen Modalitäten weiterlaufen lässt, wobei allerdings Komplikationen durch eine Weigerung der Alliierten, sich von sowjetzonalen Organen kontrollieren zu lassen, entstehen könnten. Nach einer gewissen Zeit dürfte dann die SBZ-Regierung die Westmächte auffordern, in Verhandlungen über die auf dem Gebiet der SBZ verlaufenden Verkehrswege einzutreten; das gleiche gilt auch für den zivilen Verkehr (siehe Ziffer 5, I). Mit schärferem Vorgehen der SBZ gegen den alliierten Verkehr ist erst nach einer Verweigerung derartiger Verhandlungen zu rechnen. Unter Berücksichtigung der politischen Gesamtlage wird die Dosierung aller derartiger Aktionen vom Osten stets so angelegt werden, dass sie vom Westen wegen ihrer relativen Geringfügigkeit jeweils toleriert werden bzw. etwaige heftige Reaktionen des Westens – z. B. durch militärische Maßnahmen – vor der Welt als „Aggression“ hingestellt werden können. (Das gilt insbesondere hinsichtlich der westlichen „Contingency“-Planung¹⁰⁰).

⁹⁸ Am 20. September 1955 schlossen die UdSSR und die DDR einen Vertrag über die Beziehungen zwischen beiden Staaten, der die DDR durch die Erweiterung von Souveränitätsrechten und die Übertragung der „vollen Souveränität“ international aufwerten sollte.

⁹⁹ Hier nicht abgedruckt.

¹⁰⁰ Alliierte Notfallplanung für Berlin.

5. Zu erwartende Maßnahmen der SBZ hinsichtlich der zivilen Verkehrsverbindungen BERLINS auf Schiene, Strasse und Wasserwegen

Die ungünstige Lage BERLINS im kommunistischen Machtbereich und die Unmöglichkeit, die zivilen Verkehrsverbindungen der Stadt mit dem Westen ausreichend zu sichern haben zur Folge, dass dem SED-Regime eine fast unerschöpfliche Fülle von Handhaben, Schikanen und Pressionen zur Verfügung steht. Da nach den Worten CHRUSCHTSCHIEWS mit dem Abschluss eines Friedensvertrages die „Neuregelung der West-BERLIN-Frage“, – d. h. die Schaffung der „Freien Stadt West-BERLIN“ – eingeleitet werden soll, sind auf dem Gebiet des zivilen Verkehrs Störungen aller Art zu erwarten mit dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Isolierung West-BERLINS von der Bundesrepublik und der schrittweisen Aushöhlung des Selbstbehauptungswillens der West-BERLINER Bevölkerung. Mit derartigen Maßnahmen muss am ehesten gegen den zivilen Verkehr gerechnet werden, weil dadurch alliierte Rechte nicht direkt betroffen und infolgedessen etwaige alliierte Reaktionen erschwert werden.

[...]

8. Störung des Verkehrs innerhalb GROSSBERLINS

- Übergriffe der Transportpolizei der SBZ auf dem Gelände der Deutschen Reichsbahn in West-BERLIN
- Lückenlose Kontrolle durch Inbetriebnahme der an der Sektorengrenze errichteten S-Bahn-Kontrollbahnsteige und U-Bahn-Kontrollschleusen
- Trennung des S-Bahnverkehrs; vorher Abziehen des rollenden Materials aus dem Westsektor
- Unterbrechung des U-Bahnverkehrs
- Sperrung der Straßenübergänge aus dem Ostsektor in die Westsektoren zur Abriegelung des Flüchtlingsstromes aus der SBZ.

9. Zu erwartende Maßnahmen hinsichtlich des Luftverkehrs mit BERLIN

Es ist anzunehmen, dass die SBZ unmittelbar nach Abschluss des Separatfriedens den Anspruch auf Kontrolle des zivilen Luftverkehrs erheben wird, zumal dessen rechtliche Absicherung durch das Kontrollratsabkommen vom 30. 11. 1945 fragwürdig ist. Der ersatzlose Abzug des sowjetischen Vertreters aus der Flugsicherheitszentrale BERLIN und die Ablehnung der Übernahme der Flugsicherheit über der SBZ würde – bei Weigerung der Westmächte bzw. der drei Westberlin anfliegenden zivilen westlichen Luftverkehrsgesellschaften, mit der SBZ über vertragliche Regelung des Flugverkehrs zu verhandeln – einen sicheren, von Wetterbedingungen unabhängigen Flugverkehr nicht mehr gewährleisten.

Störmaßnahmen sind sowohl gegen den zivilen Luftverkehr nach West-BERLIN allein wie auch gegen den gesamten Luftverkehr einschließlich des militärischen der Westalliierten (vgl. Ziffer 4) denkbar. In der neuen, am 1. 8. 1961 in Kraft tretenden Flugverkehrsordnung der SBZ ist ein Versuch zu erblicken, die Westmächte auf den Anspruch Pankows hinzuweisen, nach Abschluss des Separatfriedens die volle Souveränität auch hinsichtlich des Luftraumes auszuüben.

Neben der Zurückziehung des sowjetischen Vertreters aus der BERLINER Flugsicherungszentrale sind im einzelnen folgende Maßnahmen zur Störung des Flugverkehrs möglich:

a. Allgemein gegen den gesamten Luftverkehr

- Behinderung des laufenden Flugbetriebs durch Ansetzen von Übungen in den Luftkorridoren ohne oder nur mit kurzfristiger Bekanntgabe
- Festsetzung willkürlich wechselnder Luftperrgebiete
- Elektronische Maßnahmen zur Irreführung oder Erschwerung der Flugzielfindung und Landung.

b. Speziell gegen den zivilen Luftverkehr

- Provozierte Luftzwischenfälle durch Anflüge und Zusammenstöße
- ultimative Aufforderung und Erzwingung von Landungen im SBZ-Flughafen Schönefeld bei BERLIN.

10. Zu erwartende wirtschaftliche Maßnahmen gegen West-BERLIN

Da West-BERLIN aus der SBZ nur knapp 3% seiner gesamten Warenbezüge erhält, ist das Pankower Regime nicht in der Lage, durch eine Verweigerung seiner Liefermengen einen Druck auszuüben. Auch eine etwaige Verweigerung der Abnahme von West-BERLIN Waren seitens der SBZ hätten keinen nennenswerten Effekt, da diese Ware nur zu wenig mehr als 1% in die Sowjetzone gehen.

Strom-, Gas- und Wasserversorgung West-BERLINS sind in relativ geringem Umfang von Ost-BERLIN abhängig; im Ausmaß kommt diesem eine entsprechende Abhängigkeit Ost-BERLINS von West-BERLINER Versorgungseinrichtungen gleich. Lediglich auf dem Gebiet der Abwasserabführung besteht wahrscheinlich noch eine gewisse Verwundbarkeit West-BERLINS.

Folgende Maßnahmen gegen die Wirtschaft West-BERLINS sind denkbar:

- Sperrung der Zufahrtswege aus der Bundesrepublik nach West-BERLIN; trotz der vorhandenen großen Reserven könnte die wirtschaftliche Basis der Stadt hierdurch am schwersten getroffen werden.

- Erschwerung der Benutzung einzelner Zufahrtswege; auch sie wäre wirksam, wenn sie ein Ausmaß erreicht, das auf längere Sicht der West-BERLINER Industrie die Aussichten auf Erhaltung der Rentabilität nimmt. Derartige Manipulationen könnten zu einer Abwendung von Betriebsstätten und Stammbesellschaften in der Bundesrepublik führen.
- Wesentliche Behinderung bzw. Sperrung des Personenverkehrs zwischen West- und Ost-BERLIN; auch diese könnte die West-BERLINER Wirtschaft schwer treffen. Hierunter würden insbesondere Maßnahmen gegen die zur Zeit etwa 50.000 in West-BERLINER Betrieben beschäftigten „Grenzgänger“ aus Ost-BERLIN bzw. aus der SBZ fallen. Ferner würde der West-BERLINER Handel durch Drosslung des Personenverkehrs erhebliche Verluste erleiden.
- Direktiven der SBZ, mit allen Kräften bis Ende 1961 eine Intensivierung des Warenaustausches zwischen der SBZ und West-BERLIN zu erstreben; sie haben bisher allerdings noch keinen Erfolg gezeigt.
- Verstärkung der Versuche, Westberliner Wirtschaftskreise durch einen Wechsel von Drohungen und Lockungen zum Einlenken auf die östliche BERLIN-Konzeption zu bewegen.
- Angriff auf die West-BERLINER Wirtschaft mit dem Versuch, die Stadt aus der währungsmäßigen Verbindung mit der Bundesrepublik zu lösen.

Dokument 2:

Fernschreiben PA 90012-k des BND vom 1. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

VS-VERTRAULICH

gewöhnliches Fernschreiben

~~*Dringendes Fernschreiben*~~

487/II – 146 947 vom 31. 7. 1961
 BuKA¹⁰¹ – AA¹⁰² – MVtdg¹⁰³ – Fleurop¹⁰⁴ – Kreide¹⁰⁵ mit Fleurop
 PA-90012-k vom 1. 8. 1961 Ktr. Nr.: 655/1/61

¹⁰¹ BuKA – Bundeskanzleramt.

¹⁰² AA – Auswärtiges Amt.

¹⁰³ MVtdg – Bundesministerium für Verteidigung.

¹⁰⁴ Fleurop – allgemeine interne Dienstbezeichnung des BND für ausländische Partnernachrichtendienste, da die einzelnen Dienste im Schriftverkehr als Tarnbezeichnung Blumennamen trugen. Hortensie stand beispielsweise für geheimdienstliche Informationen aus US-Quellen.

¹⁰⁵ Kreide – nicht ermittelt. Eventuell Verbindungsbeamter des BND im Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen.

Republikflucht aus der Sicht der SED

Z. d.F.¹⁰⁶: Ende Juli 1961 / Bew.¹⁰⁷: C-3¹⁰⁸

Aus Ostberlin:

Ein Spitzenfunktionär der SED äußerte sich besorgt darüber, dass die SED gegenüber der Republikflucht fast wehrlos sei, weil gegen die straffe Durchführung wirksamer Maßnahmen ein deutliches sowjetisches Veto stehe. Die Pläne für solche Maßnahmen lägen seit langem ausgearbeitet vor. Für die Ausführung dieser Pläne gäben die Sowjets jedoch keine Erlaubnis. Alle anderen Maßnahmen, wie die verstärkte Kontrolle in den Fernbahnzügen, haben nur eine relativ geringe Wirkung.

Stellungnahme

Es kann durchaus damit gerechnet werden, dass sich die SED-Führung intensiv darum bemüht, die Einwilligung Moskaus für das Inkraftsetzen wirksamer Sperrmaßnahmen zu erwirken. Dazu würde insbesondere eine Abriegelung der Berliner Sektorengrenze und die Unterbrechung des S- und U-Bahnverkehrs gehören. Alle bisherigen Maßnahmen der SBZ – verstärkte Zug- und Straßenkontrollen bei der Anreise nach Berlin, Behinderung des Interzonenverkehrs usw. – dürften innerhalb der seitens Moskau der SED zugestandenen Kompetenzbereiche liegen und zeigen zugleich, dass Moskau noch keine Genehmigung für wirklich durchgreifende Sperraktionen gegeben hat.

Dokument 3:

Fernschreiben PA 90172-k des BND vom 9. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Geheim

Gewöhnliches FS¹⁰⁹

BuKA – AA – GM¹¹⁰ – MVtdg – LTV¹¹¹ – Fleurop

frei f. Washington u. Paris NATO

487/I – 144 889 v. 8. 8.61

¹⁰⁶ Z. d. F. – Zeit der Feststellung. Gibt Auskunft darüber, wann die nachrichtendienstliche Information ermittelt wurde.

¹⁰⁷ Bew. – Bewertung.

¹⁰⁸ Die Buchstaben-/Zahlenkombination gibt an, für wie zuverlässig die BND-Auswertungsstelle die Quelle hielt und wie deren Information eingeschätzt wurde. Die Werteskala reichte dabei absteigend von A (zuverlässig) bis F (die Zuverlässigkeit kann nicht beurteilt werden) bzw. 1 (unzweifelhaft zutreffend, von der Gegenseite bestätigt) bis 6 (noch nicht zu bewerten). Stufe 6 die Auswertung den Agentenbericht beispielsweise mit C-3 ein, so war der Inhalt also möglicherweise zutreffend, die Zuverlässigkeit der Quelle wurde als durchschnittlich bewertet.

¹⁰⁹ FS – Fernschreiben.

¹¹⁰ GM – Gesamtdeutsches Ministerium.

¹¹¹ LTV – interne Bezeichnung für die Residentur des Bundesnachrichtendienstes in West-Berlin.

PA-90172-k vom 9. 8. 1961

Ktr.-Nr.: 685/1/61

Zur Moskauer Konferenz der KP-Führer der Warschauer-Pakt-Staaten vom 3.–5. 8. 1961

Z. d.F.: 7. 8.61 / Bew.: C-3

Aus Ostberlin:

Ein sowjetischer Funktionär gab folgende Erklärung ab:

1. Ursprünglich war um diese Zeit lediglich eine Zusammenkunft sowjetischer Diplomaten in Moskau geplant. Im Zusammenhang damit oder kurz danach war eine Außenministerkonferenz der Staaten des Warschauer Paktes mit asiatischen Beobachtern geplant. Diese Konferenz ist vorerst aufgegeben worden, – es besteht aber die Möglichkeit, dass sie im Zusammenhang mit der Vorbereitung der in Aussicht stehenden Verhandlungen mit den Westmächten später stattfinden wird.

2. Das Treffen der ersten Sekretäre der KPen war ursprünglich erst im Zusammenhang mit dem Parteitag der KPdSU vorgesehen.

Der Hauptanlass für das Zustandekommen der Konferenz zum jetzigen Zeitpunkt war ULBRICHTs Drängen auf eine totale Absperrung Westberlins. Bereits vor der Konferenz, eigentlich schon ab 1. 8. 1961, wollte ULBRICHT eine radikale Absperrung der gesamten SBZ einschließlich Ostberlins von Westberlin schlagartig durchführen, um das Grenzgänger-Problem zu lösen und den Flüchtlingsstrom zu stoppen.

Diese Absicht wurde zunächst von sowjetischer Seite gebremst, was aber keinen Stopp der harten Maßnahmen gegen die Grenzgänger bedeutet. In Moskau ist nun jeder allzu offenkundige Versuch, Sperr- und Terrormaßnahmen innerhalb Berlins durchzuführen, als in der gegenwärtigen Situation unzumutbar abgelehnt worden.

Stellungnahme:

Den vorliegenden Hinweisen zufolge kann angenommen werden, dass ULBRICHT in Moskau versucht hat, die Genehmigung für die Sperre der Sektorengrenze zu erhalten, da alle anderen Maßnahmen sich als unwirksam zur Verminderung des Flüchtlingsstromes erwiesen haben.

Dokument 4:

Fernschreiben PA 90173-k des BND vom 9. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

VS-VERTRAULICH

Dringend

487/II – 146 980 v. 7. 8.61

BuKA – AA – GM – MVldg – LTV – Fleurop

PA-90173-k vom 9. 8. 1961

Ktr.-Nr.: 686/1/61

Sowjetzonale Überlegungen über Maßnahmen gegen Grenzgänger und Zonenflüchtlinge

Z. d.F.: Anfang August 1961 / Bew.: B-3

Aus Ost-Berlin:

1. Der Magistrat von Ostberlin betrachtet die sogenannten „spontanen Aktionen der Werktätigen“ gegen die Grenzgänger nicht als einziges Mittel zur Lösung dieses Problems, sondern nur als Auftakt zu weitergehenden Schritten, für die lediglich der Boden stimmungsmäßig vorbereitet werden soll. Es ist daran gedacht, in den nächsten Tagen nochmals eine Aufforderung an den Westberliner Senat zu richten, das erste Schreiben EBERTs¹¹² zu beantworten und sich zu Verhandlungen bereit zu finden, falls Westberlin nicht Gefahr laufen will, über 50 000 Arbeitsplätze aus dem östlichen Bereich zu verlieren.
2. In Dienststellen Ostberlins und der Bezirke Potsdam und Frankfurt/Oder finden Konferenzen statt, die sich mit dem Grenzgänger- und Flüchtlingsproblem beschäftigen. Es wurde dabei u. a. der Vorschlag gemacht, dass die von Falkensee, Potsdam, Stahnsdorf und Mahlow zunächst durch das Gebiet von Westberlin fahrenden Züge von ihren Endbahnhöfen in der SBZ überhaupt für jeden Fahrgastverkehr gesperrt werden sollen und lediglich aus verkehrstechnischen Gründen leer bis zum Zielbahnhof durchfahren und leer einsetzen.
3. Ein weiterer Plan sieht vor, die Fußgänger-Übergänge von der SBZ nach Westberlin nicht mehr für den freien Passagierverkehr der Bürger aus der SBZ offen zu lassen, sondern jeden Weg nach Westberlin über diese Kontrollpunkte von einer Sondergenehmigung abhängig zu machen.
4. Bei den Sitzungen wurde außerdem festgehalten, dass die im Fahrplan vorgesehenen Aufenthaltszeiten für die Züge nach Westberlin zu kurz seien für eine systematische Kontrolle auf Grenzbahnhöfen. Es wird erwogen, die Zahl der Züge zu erhöhen, damit für die in Richtung Westberlin fahrenden Züge eine Abfertigungszeit von etwa zehn Minuten eingelegt werden kann. Ein anderer Vorschlag sieht vor, auf den sogenannten West-Bahnsteigen z. B. auf den Zwischenpodesten und Treppenaufgängen besondere Kontrollpunkte zu

¹¹² Ebert, Friedrich (1894–1979), 1913–1946 SPD, dann SED, 1948–1967 Oberbürgermeister von Ost-Berlin, 1949–1979 Mitglied des Politbüros des ZK der SED.

errichten, die jeder passieren muss. Außerdem wurde angeregt, eine Registrierung aller SBZ-Bewohner vorzunehmen, die nach Westberlin gehen.

Stellungnahme:

Zu Ziffer 1: Der Berliner Senat hat eine Beantwortung des Ostberliner Verhandlungsvorschlages bereits abgelehnt.

Zu Ziffer 2: Die Durchführung eines derartigen unwirtschaftlichen Vorschlages ist wenig wahrscheinlich; nach früheren Planungen ist eher daran gedacht, den Verkehr auf den inzwischen weiter ausgebauten Umgehungsstrecken um Westberlin umzuleiten.

Die in den Ziffern 2, 3 und 4 erwähnten Planungen setzen im übrigen voraus, dass die SBZ von Moskau die Genehmigung zu einer Behinderung des Verkehrs innerhalb Berlins erhält, was bisher offenbar nicht der Fall ist.

Dokument 5:

Fernschreiben PA 90100 des BND vom 13. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Dringendes Fernschreiben

FS

PA-90100 – Geheim vom 13. 8. 1961

712/1/61

Pol.¹¹³

Betr.: Beschlüsse der Volkskammersitzung vom 11. 8. 61

Z. d.F. 11. 8.61 / Bewertung: B-3

Aus Ost-Berlin:

1. Die Volkskammer der SBZ hat am 11. 8. 61 in verschleierter Form, um „die vereinbarten Festlegungen des Warschauer Paktes“ zu erfüllen, die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Intensivierung der Rüstungsindustrie sowie zur faktischen Mobilmachung der NVA und zur Einberufung von Reservisten beschlossen.
2. Auch der Auftrag an die Regierung der SBZ, „geeignete Maßnahmen einzuleiten“, um Grenzgängertum und „Menschenhandel“ zu bekämpfen, wurde ohne sachliche Präzisierung getroffen, um der SBZ-Regierung ein zeitliches Überraschungsmoment zu sichern.

Stellungnahme:

Während die Maßnahmen zu Ziff. 2 bereits eingeleitet wurden, bedürfen ähnliche, wie in Ziff. 1 angedeutet, noch der Bestätigung und Präzisierung. Im Rahmen der

¹¹³ Pol. – Gruppe Politik der Abteilung 40 (Gegenspionage) des BND, u. a. zuständig für die Verbindung zu Einflussagenten.

von der Volkskammer angekündigten vorbereitenden Schritte zum Abschluss eines Friedensvertrages und zur Sicherung der SBZ sind sie durchaus denkbar.

A, H, B?, N, Kreide fahren am 13. 8. [unleserliche Paraphse 14. 8.]

*BuKA Krone¹¹⁴
 AA Olly¹¹⁵
 Vtdg¹¹⁶ unleserlich
 Gs Dt¹¹⁷ Kreide*

Dokument 6:

Fernschreiben PA 90101 des BND vom 13. August 1961, BA-Koblenz, B 206/822, o. Bl.

*125¹¹⁸
 Geheim
 BUKA Krone Dringend 363¹¹⁹ = 09.10
 AA Olly 234¹²⁰ = 09.10
 VTLG Fleurop¹²¹
 Gs. Dt Kreide
 Pa Nr. 90101 – geheim vom 13. 8.61 Ktr. Nr. 706/61*

Betr.: Zur Ernennung Marschall Konjews zum Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der SBZ

Z. d.F. 11. 8.61, Bew.: B-6

Aus Ost-Berlin:

1. Die Beauftragung Marschall Konjews¹²² als Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in der SBZ auf der Moskauer Konferenz der KP-Sekretäre

¹¹⁴ Krone, Heinrich (1895–1989), Christdemokratischer Politiker, ab November 1961 Bundesminister für besondere Aufgaben bzw. für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates.

¹¹⁵ Olly – nicht ermittelt, mit hoher Wahrscheinlichkeit Verbindungsbeamter des BND im Auswärtigen Amt.

¹¹⁶ Vtdg – Bundesministerium für Verteidigung.

¹¹⁷ Gs. Dt – Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen.

¹¹⁸ 125 – dienstliche Tarnnummer der BND-Zentralabteilung Auswertung und Lage.

¹¹⁹ 363 – dienstliche Tarnnummer des Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes Reinhard Gehlen.

¹²⁰ 234 – dienstliche Tarnnummer des Auslandsverbindungsdienstes des BND.

¹²¹ VTLG Fleurop – Verteilung an Partnerdienste.

¹²² Konev, Ivan Stepanovič (1897–1973), Marschall der Sowjetunion (1944) – Oberkommandierender der GSSD, 1960 wegen Krankheit in den Ruhestand versetzt, im Vorfeld des Mauerbaus reaktiviert und zum Oberbefehlshaber der Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland ernannt, 1962 bis 1973 Generalinspekteur der sowjetischen Streitkräfte.

der Warschau-Pakt Staaten hängt unmittelbar mit der geplanten Verstärkung und Mobilisierung der sowjetischen Truppen und mit der Vorbereitung der Abwehr eines möglichen Angriffs aus dem Westen zusammen.

2. Marschall Konjew wird gleichzeitig nach den geheimen Vereinbarungen in Moskau Oberbefehlshaber der 1. Westfront des Warschauer Paktes, in dieser Eigenschaft besitzt er bereits jetzt – bis zur Aufhebung des intern erklärten militärischen Alarmzustandes – das Oberkommando über sämtliche sowjetischen Streitkräfte in der SBZ, die nationale Volksarmee und die tschechoslowakische Armee. Die Oberkommandierenden der beiden Nationalarmeen sind ihm damit, einschließlich ihrer Stäbe, direkt unterstellt und nicht, wie bisher, dem Oberkommandierenden der Warschau-Pakt-Streitkräfte unmittelbar.
3. Marschall Konjews Ablösung als Oberkommandierender des Warschauer Paktes im Jahr 1961 soll tatsächlich gesundheitliche Gründe gehabt haben und unter dem Gesichtspunkt vorgenommen worden sein, einen jüngeren Nachfolger in einer noch nicht hochgespannten militärischen Situation rechtzeitig einzuarbeiten. Der Gesundheitszustand Konjews ist nach einer längeren Kur wieder zufriedenstellend.
4. Konjew wurde mit der neuen Aufgabe betraut, weil er die höchsten militärischen Führer des Warschauer Paktes aus seiner früheren Tätigkeit mit all ihren Stärken und Schwächen kennt. Marschall Konjew ist außerdem für die Koordinierungsaufgaben sehr geeignet, da er sich sowohl in Polen als auch in der CSSR einen guten Namen gemacht hat. Wegen der praktischen strategischen Erfahrungen, die Konjew im gleichen möglichen Operationsgebiet im Zweiten Weltkrieg sammeln konnte, wurde er als der geeignetste Frontführer für die „schwierigste Aufgabe“ ausgewählt, nämlich den möglichen Hauptstoß eines Angreifers aus dem Westen sofort aufzufangen und in einen Gegenangriff zu verwandeln.
5. Nach den vorläufigen Planungen soll Marschall Konjew sein Amt nur so lange ausüben, bis die militärische Alarmsituation um Deutschland und Berlin vorbei ist. Zunächst hat Marschall Konjew die Aufgabe, einen unüberwindlichen Sperrriegel zum Schutz der Westfront des westlichen Lagers aufzubauen.

Stellungnahme:

Die Meldung ist sowohl unter politischem als auch unter militärischem Aspekt zu beurteilen.

Politisch soll die Ernennung Konjews dem nicht-kommunistischen Ausland den Ernst dokumentieren, mit dem Moskau seine Ziele in der Deutschland- und Berlinpolitik verfolgt und der SED den Rücken stärken.

Militärisch ist die Bezeichnung „1. Westfront des Warschauer Paktes“, unter deren Oberkommando die GSTD¹²³, die NVA und die tschechoslowakische Armee zusammengefasst werden sollen, neu und noch unbestätigt. Über eine Verwendung des

¹²³ GSTD – Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland.

bisherigen OB¹²⁴ der GSTD, Generaloberst J. S. Jakubowskij¹²⁵, ist noch nichts bekannt. Möglicherweise ist er als OB der GSTD in Wünsdorf verblieben, nachdem Konjew als übergeordneter OB der „1. Westfront“ eingesetzt werden soll.

Dokument 7:

Fernschreiben PA 90254-k des BND vom 15. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Geheim 487/I 147 108 v. 15. 8. 61

PA-90254-k geheim v. 15. 8. 1961

Fleurop i. j. Form gesperrt
Ktr. Nr.: 716/2/61

Stellungnahme eines hohen SED-Funktionärs zur Entwicklung der Lage in Berlin
Z. d. F. 14. 8. 61 Bew.: B-3 *siehe b. Freigaben Akte B II FS 455 v. 18. 8. 61*

Aus Ostberlin:

Ein sehr hoher SED-Funktionär äußerte sich gegenüber anderen SED-Funktionären am 13. 8. 61 abends zur Lage in Berlin wie folgt:

1. Die ersten Reaktionen des Westens haben erkennen lassen, dass lediglich mit westlichen Protesten zu rechnen ist. Damit sei eine entscheidende Kraftprobe zugunsten der SBZ entschieden worden.
2. Nachdem diese einschneidenden Maßnahmen die Machtlosigkeit des Westens verdeutlicht hätten, könne mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit gesagt werden, dass es auch bei späteren Aktionen der SBZ-Regierung zu keinen militärischen Konflikten um Westberlin kommen werde. Alle weiteren Maßnahmen, die schrittweise erfolgen würden, würde jede für sich nicht mehr so gravierend sein, wie die Aktion vom 13. 8. 61. Wenn die Westmächte hier keinen Ansatzpunkt zum Handeln gefunden hätten, würden sie ihn später erst recht nicht finden.
3. Im übrigen sei durch die Aktionen vom 13. 8. 61 eine entscheidende Konsequenz des Friedensvertrages vorweggenommen worden. Ostberlin sei nunmehr endgültig aus allen Berlin-Verhandlungen ausgeklammert. Gleichzeitig wäre die Frage des Viermächte-Status jetzt praktisch bedeutungslos geworden.

¹²⁴ OB – Oberbefehlshaber.

¹²⁵ Jakubovskij, Ivan Ignat'evič (1911–1976), Marschall der Sowjetunion (1967) – Oberkommandierender der GSSD, seit 1953 Dienst in der GSSD, zunächst als Oberbefehlshaber der 1. Panzerarmee, dann 1. Stellvertreter des Oberkommandierenden der GSSD, 1960 bis April 1961 Oberkommandierender der GSSD, dann von Konev abgelöst, ab April 1962 wieder in dieser Funktion. 1967–1976 1. Stellvertretender Verteidigungsminister der UdSSR und Oberkommandierender des Warschauer Vertrages.

4. Die SU¹²⁶ hat zugesichert, dass sie sich auf keine Verhandlungen über die Rückgängigmachung der getroffenen Maßnahmen mit dem Westen einlassen werde. Verhandlungsgegenstand könne allenfalls die Schaffung von Erleichterungen an der Staatsgrenze sein, wobei derartige Konzessionen von den Bestimmungen des Friedensvertrages abhängen würden.
5. Psychologisch bestünde nun eine Situation, die die Bevölkerung in Ostberlin und in der Zone veranlassen würde, an einem Friedensvertrag interessiert zu sein, da Erleichterungen des gegenwärtigen Zustandes jetzt nicht mehr von westdeutschen Verhandlungen, sondern vom Friedensvertrag abhängen werden.
6. Nach der jetzt erfolgten Absperrung Ostberlins würde ganz Berlin für die Westmächte erheblich an Wert verlieren, was die Konzessionsbereitschaft des Westens nur stärken würde, zumal deutlich geworden sei, dass die Maßnahmen der SBZ nicht gestoppt werden könnten. Dem Informationsdienst der Westalliierten werde bald jedes Material fehlen.
7. Der hohe SED-Funktionär bezeichnete sodann die Maßnahmen vom 13. 8. 61 als den bisher schwersten Schlag, der mit Erfolg gegen die Position Westberlins geführt worden sei. Wörtlich fuhr er fort: „Nachdem die Westberliner Schreier in den nächsten Tagen erkennen müssen, dass ihnen keine militärische Garantie des Westens helfen kann, wird in den oberen Kreisen bald das große Kofferpacken beginnen. Die Westberliner Bevölkerung wird aber erkennen, dass ihr die Fortsetzung der bisherigen Politik wenig helfen kann.“
8. Wirtschaftliche Gegenmaßnahmen der BRD seien zwar nicht ausgeschlossen, würden aber sofort zur Folge haben, dass die SBZ-Regierung auf den unlösbaren Zusammenhang des Güterverkehrs nach Westberlin mit dem innerdeutschen Handel hinweisen würde. Schon einmal habe Bonn in dieser Frage zurückstecken müssen.

Bemerkung:

Quelle fasst ihren Eindruck aus der Sitzung der SED-Funktionäre wie folgt zusammen:

Es herrschte in der SED-Führung eine Siegesstimmung wie nie zuvor. Man hatte den Eindruck, dass dieser Tag bedeutsamer sei, als der zu erwartende Tag des Friedensvertrages. Besonders sei zu vermerken, dass – mit Ausnahme der Chefredaktion des „Neuen Deutschland“ – keine andere Ostberliner Zeitung oder Rundfunkredaktion schon vor Mitternacht über die Maßnahmen unterrichtet worden sei. Im „Neuen Deutschland“ seien sämtliche Telephonleitungen nach draußen abgeschaltet worden und die Mitarbeiter des „Neuen Deutschland“ hätten die Setzerei und Druckerei erst verlassen können, als die Nachricht bekannt gegeben wurde. Die Bekanntmachung, Plakate und Flugzettel wurden dort erst in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag gedruckt.

¹²⁶ SU – Sowjetunion.

Dokument 8:

Fernschreiben PA 90264-k des BND vom 16. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Geheim

Dringendes Fernschreiben

487/I – 147 107 vom 15. 8. 1961

Mit Fleurop!

BuKA-AA-MVtdg-Fleurop-Kreide

PA-90264-k vom 16. 8. 1961

Ktr.-Nr.: 718/1/61

Forcierung der Lage in Berlin soll sowjetische Schwierigkeiten verdecken

Z. d. F.: Mitte August 1961 / Bew.: C-3

Aus Athen:

1. Ein ~~Angehöriger der SU Botschaft in Athen~~ *sowjetischer Diplomat* äußerte, dass es sich bei der Berlinkrise um eine Drohung handle, die auch den Zweck verfolge, den Staaten des Warschauer Paktes „Kraft und Mut zu geben“. In Moskau hätten einige Staaten Besorgnisse an den Tag gelegt im Hinblick auf mögliche einseitige Handlungen der SU.
2. CHRUSCHTSCHEW weiß sehr wohl, dass die Amerikaner und ihre Verbündeten einseitige Entscheidungen in Berlin nicht hinnehmen würden. Die SU sei daher augenblicklich in einer schwierigen Lage, weil sie als Mitglied der UN auf der ganzen Welt Frieden und Verständigung proklamiere. ~~Leitende Beamte der Athener SU Botschaft halten es für ausgeschlossen, dass die SU einen Krieg für Berlin oder die SBZ führen werde.~~ Abschließend erklärte der sowjetische Gesprächspartner wörtlich: „Krieg wird es geben, aber aus anderen Gründen als Berlin, und erst später.“

Dokument 9:

Fernschreiben PA 90233-k des BND vom 18. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Sofort

Geheim

487/I 147 122 v. 18. 8. 1961

BK, AA, BVrtg.¹²⁷, GM

PA-90233-k v. 18. 8. 1961

Kontr.-Nr.: 736/3/61

Die Sowjets betonen, dass die in Berlin getroffenen Maßnahmen nicht gegen West-Berlin gerichtet sind.

Z. d. F.: 16. 8. 1961

Bew.: C-3

¹²⁷ BVrtg. – Bundesministerium für Verteidigung.

Aus Ost-Berlin:

Ein sowjetischer Gesprächspartner führte aus:

1. Der Aufmarsch von Verbänden der Volkspolizei und NVA¹²⁸ in Ostberlin wird sich auch in der nächsten Zeit nicht gegen Westberlin richten. Der „17. Juni Komplex“ ist unter den führenden ostberliner Funktionären größer denn je. Die Möglichkeit eines Aufstandes hat CHRUSCHTSCHEW immer wieder abgehalten, einer totalen Abriegelung Ost-Berlins zuzustimmen. Auch unter den Sowjets in Ostberlin fürchtet man, dass ein Funke das Pulverfass zur Explosion bringen kann. Die zahlreichen sowjetzonalen Truppen sollen einschüchtern und eine Explosion verhindern.
2. Die Absperrmaßnahmen sollen auch kein Druckmittel darstellen, um den Westen in der West-Berlin-Frage nachgiebiger zu machen, sie stellen eine effektive Schutzmaßnahme dar.
3. In Moskau werden aufmerksam alle westlichen Reaktionen beobachtet. Es sollen daraus Schlüsse für zukünftige Schritte in der West-Berlin-Frage gezogen werden. Wirtschaftliche Sanktionen des Westens gegenüber der SBZ und dem Ost-West-Handel wollen mit verstärktem Druck auf Westberlin beantwortet werden. Sonst wird nicht mit Schwierigkeiten gerechnet, da sich die Abriegelung fast ausschließlich auf Ostberliner auswirkt. Eventuelle Gegenmaßnahmen seitens des West-Berliner Senats würden ebenfalls nicht unbeantwortet bleiben. Eine Übernahme der S-Bahn-Anlagen in Westberlin durch den Senat würden die sowjetzonalen Behörden mit sowjetischer Zustimmung mit Gegenaktionen beantworten.

Dokument 10:

Fernschreiben PA 90408-k des BND vom 30. August 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Geheim

BuKA, AA, GM, MVtdg. – Fl¹²⁹.

Kreide, BAV¹³⁰

PA-90408-k vom 30. 8. 1961

Dringendes Fernschreiben

487/I – 147 152 vom 29. 8. 1961

Mit Fleurop

Ktr.-Nr.: 804/1/61

Sowjetische Aussage zur Berlinfrage

Z. d. F.: 18. 8. 1961 7 Bew.: C-3

¹²⁸ NVA – Nationale Volksarmee.

¹²⁹ Fl. – Fleurop.

¹³⁰ BAV – Bundesamt für Verfassungsschutz.

Aus Moskau:

1. Ein sowjetischer Politiker äußerte, die Schließung der Sektorengrenze in Berlin sei nach reiflicher Überlegung von CHRUSCHTSCHEW gutgeheißen worden, obschon er sich über das Risiko klar gewesen wäre. Ohne die Abriegelung – darüber sei er sich ebenso klar gewesen – wäre ULBRICHTS Position in Kürze sehr schwierig geworden. Die Funktionäre der SED seien völlig ratlos gewesen. Als kommunistischer Staat könne die SU die SBZ selbstverständlich nicht im Stich lassen. Westberlin habe der Wirtschaft der SBZ wegen des Wechselkurses der Ost-Mark schweren Schaden zugefügt. Die Abwanderung der Spezialisten habe ULBRICHTS Arbeitspläne gestört und auch die Planungen der Sowjetwirtschaft betroffen. ULBRICHT seien auch von Polen wiederholt Schwierigkeiten gemacht worden. So habe GOMULKA¹³¹ Kohlenlieferungen aus Schlesien gestoppt, um über den Export von Kohle in westliche Länder dringend benötigte Devisen zu bekommen. In der SBZ hätten deshalb zeitweise sogar Hochöfen ausgeblasen werden müssen.
2. Auf den Einwand, ULBRICHT habe seine Schwierigkeiten wegen überstürzter Enteignungsmaßnahmen und besonders wegen der Kollektivierung auf dem Lande selbst verschuldet, wurde zustimmend geantwortet: ULBRICHT habe sich mit allem zu sehr beeilt. Er verstehe nichts von Wirtschaft. Auf die Frage, warum man denn einen so erfolglosen Kommunisten nicht fallen lasse, sagte der Gesprächspartner, manche gutunterrichteten Leute hätten nach STALINS Tod damit gerechnet, ULBRICHT werde bald fallen. Er habe aber die Fähigkeit, sich schnellstens auf neue Strömungen in Moskau einzustellen und sei einer der ersten gewesen, die sich gegen den Personenkult gewandt hätten. Später habe er die ganze SED-Führung mit seinen Leuten besetzt. Deshalb gebe es zur Zeit – vor allen Dingen in der jetzigen Situation – keine Alternative.
3. Der Gesprächspartner ließ weiter durchblicken, dass in einer ruhigeren Entwicklungsphase möglicherweise nach einer „GOMULKA-ähnlichen Lösung“ für die SBZ gesucht werden könnte. Dazu müsse der Westen aber erst seinen Druck auf die SBZ einstellen. Die Schließung der Sektorengrenze diene der Konsolidierung der Verhältnisse in der SBZ. Außerdem sei die Schließung der Sektorengrenze notwendig gewesen, wenn überhaupt an ernsthafte Verhandlungen gedacht werde. Die SU hätte doch nicht mit dem Westen vor dem Hintergrund von 4000 Flüchtlingen täglich verhandeln können – eine Zahl, die möglicherweise bis zum Spätherbst erreicht worden wäre. CHRUSCHTSCHEW hätte doch nicht von den USA verlangen können, sie sollten ihm beim Abstoppen der „Abwerbung“ behilflich sein.

Stellungnahme:

Abgesehen von der Wiedergabe der bekannten Argumente zur Begründung der Absperrungs-Maßnahmen vom 13.8. richten sich die Äußerungen des Sowjet-

¹³¹ Gomulka, Władysław (1905–1982), 1943–1948 Erster Sekretär des ZK der Polnischen Arbeiterpartei, 1956–1970 Erster Sekretär des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei.

funktionärs offensichtlich an die westliche Adresse. Das kommt insbesondere in einer gewissen Distanzierung von der Person ULBRICHTs zum Ausdruck, der als eine Art „notwendiges Übel“ für Moskau dargestellt wird, was aber keineswegs der tatsächlichen Einstellung der Sowjetführung dem SED-Chef gegenüber entspricht. Darüber hinaus soll die Inaussichtstellung einer angeblichen späteren Ablösung ULBRICHTs durch einen SBZ-„GOMULKA“ die Konzessionsbereitschaft des Westens bei kommenden „Verhandlungen“ fördern.

Dokument 11:

Fernschreiben PA 90756-k des BND vom 9. September 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Geheim

*BuKA, AA, MVtdg, GM-Fl, Kreide
fernmündlich weitergegeben*

Fernspr. 9. 9.61 – 17.30

PA-90756-k vom 9. 9. 1961

Ktr.Nr.: 897

Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der SBZ

Z. d.F.: Anfang September 1961 / Bew.: B-3

Aus Wien:

Die Unterzeichnung des Friedensvertrages mit der SBZ ist für den 7./8. Oktober in Potsdam vorgesehen.

CHRUSCHTSCHEW wird persönlich anwesend sein.

Dokument 12:

Fernschreiben PA 90757-k des BND vom 10. September 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Fernschreiben

Dringend!

An 363/VI für BKA, AA, BmVtdg¹³², GM/Fleurop, Kreide, nachrichtl. 363

PA-90757-k vom 10. 9. 1961

Ktr.Nr. 898

Östliche Vorbereitungen zu Eingriffen in den zivilen Luftverkehr nach West-Berlin

Z. d. F.: 9. 9.61/Bew.: C-3

¹³² BmVtdg – Bundesministerium für Verteidigung.

Aus Ost-Berlin:

1. Von östlicher Seite sind umfassende Vorbereitungen getroffen worden, um die Einstellung des zivilen Luftverkehrs nach West-Berlin „schlagartig“ zu erzwingen.
Hierzu gehören:
Aufbau unterirdischer Radar-Störanlagen und Raketenbatterien nahe Berlin, Aufbau eines doppelten Flak-Gürtels um Berlin.
2. Darüber hinaus soll durch Zusammenziehung von Panzerverbänden im westlichen Grenzraum der SBZ dem Westen die Möglichkeit der Einwirkung auf die Land-Verbindungen nach West-Berlin demonstriert werden.

Stellungnahme:

Das bisherige Meldungsbild lässt derartige Vorbereitungen glaubhaft erscheinen. Es bleibt indessen zweifelhaft, ob nicht – abgesehen von zwischenzeitlichen Störversuchen – die Durchführung massiver Maßnahmen erst nach Abschluss des Separatfriedensvertrages einsetzen wird.

Dokument 13:

Fernschreiben PD¹³³ 90740-k des BND vom 15. September 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Geheim
Staatssekretäre BuKA, AA
Wieland¹³⁴ pers.
Fl: nein

Dringendes FS 502-843 322 vom 12. 9. 1961
Fleurop in jeder Form gesperrt!
Keine Weitergabe an Missionen¹³⁵!

PD-90740-k vom 15. 9. 1961 Ktr.Nr. 926/1/61
Hinweise zur Marschroute KENNEDYs in der Berlin- und Deutschlandfrage
Z. d. F.: 10. 9. 1961 Bew.: B-2

Aus Paris:

1. Nach den Äußerungen des amerikanischen Botschafters in Paris, GAVIN¹³⁶, ist Präsident KENNEDY angesichts der sowjetischen Wiederaufnahme der

¹³³ PD – Partnerdienstmeldung. Information, die der BND von einem befreundeten Nachrichtendienst erhielt.

¹³⁴ Wieland – BND-Tarnname für den damaligen Brigadegeneral Gerhard Wessel (1968 Generalleutnant), 1956–1962 Leiter der Unterabteilung Militärische Sicherheit im Führungsstab der Bundeswehr, 1968–1978 BND-Präsident.

¹³⁵ Missionen – Auslandsresidenturen des BND.

¹³⁶ Gavin, James M. (1907–1990), Amerikanischer Militär und Diplomat. Seit 1924 bei der U. S. Army, im Zweiten Weltkrieg Kommandeur der 82. US-Luftlandedivision, 1961–1962 amerikanischer Botschafter in Frankreich.

Atomtests von seiner ursprünglich erlangten Überzeugung wieder abgerückt, dass sobald wie möglich mit den Sowjets über die Berlin- und Deutschlandfrage verhandelt werden müsse. KENNEDY wolle vor der Aufnahme solcher Verhandlungen erst einen Beweis dafür sehen, dass die Sowjets die Verbindungen nach Westberlin nicht unterbrechen werden.

2. GAVIN umriss die derzeitige Marschroute KENNEDYs in der Berlin- und Deutschlandfrage dahin, dass zunächst der Friedensabschluss SU/SbZ abgewartet und gegen diesen dann formell Protest eingelegt werde. Etwa 2–3 Wochen später erscheine die Aufnahme von Verhandlungen dann möglich, wenn die Verbindungswege nach Westberlin nach wie vor reibungslos funktionierten. Jedem Versuch, die Verbindungswege nach Westberlin zu unterbrechen, würden die USA mit Gewalt begegnen. Präsident KENNEDY glaube für diesen Fall nicht an einen nuklearen Weltkrieg, rechne aber möglicherweise mit einem – wie Gavin sagte – „lokalisierten Krieg nach Korea-Art“ unter Anwendung taktischer Kernwaffen, d. h. atomarer Artillerie.
3. Als Basis für mögliche Verhandlungen zur Beilegung der Berlin Krise hielt GAVIN die Beibehaltung des Status quo in Berlin gegen die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze für denkbar, wobei allerdings die de-facto-Anerkennung der SbZ als „automatische Folge“ in Rechnung gestellt werden müsste. Die USA würden ihr Vetorecht gebrauchen, falls vorgeschlagen werden sollte, die SbZ in die UN aufzunehmen.
4. Nach GAVIN stehen EISENHOWER, TRUMAN und NIXON wie auch die überwältigende Mehrheit des amerikanischen Volkes hinter KENNEDY und dieser Politik.
5. Hinsichtlich der verschiedentlich aufgetauchten These, Berlin zum Sitz der UN zu machen, sagte GAVIN, diese Lösung böte zwar eine Chance, die Berlinfrage „loszuwerden“, Washington lege aber schon aus Prestige Gründen den afrikanischen Staaten gegenüber größten Wert auf den weiteren Verbleib der UN in New York. GAVIN hält jedoch einen Kompromiss in dieser Frage nicht für unmöglich. Er sagte dazu: „Im Rahmen einer nun fast unvermeidlich erscheinenden Reform der UN wäre entweder die Etablierung gewisser Dienststellen der UN in Berlin oder aber die Annahme Berlins als Sitz von gewissen UN-Sitzungen denkbar. Diese Frage ist aber noch keineswegs aktuell.“

Stellungnahme:

Aufgrund des zuverlässigen Übermittlungsweges der Meldung muss unterstellt werden, dass sich GAVIN in dieser Form geäußert hat. Indessen bleibt offen, inwieweit Gedankengänge KENNEDYs damit im einzelnen richtig wiedergegeben werden.

Dokument 14:

Fernschreiben PA 90834-m des BND vom 15. September 1961, BA Koblenz, B 206/822, o. Bl.

Meldedienstliche Verschlusssache 937/14/61
BND – 05 – PA-90834-m/61 VS-Vertr. 15. 9. 1961

Betrifft: Zur Bedeutung der Berlinfrage in sowjetischer Sicht

Zeit d. Festst.: Mitte September 1961
Bewertung: C-3

Meldung:

Aus Ostberlin:

Ein sowjetischer Gesprächspartner erklärte folgendes:

1. Alle Maßnahmen CHRUSCHTSCHEWs sowohl in der Deutschland- als auch in der Berlinfrage sowie die Wiederaufnahme der Kernwaffenversuche sollen die Westmächte für kommende Verhandlungen reif machen.
2. Mit der Abriegelung der Staatsgrenze der SBZ sei das Westberlinproblem nach sowjetischer Ansicht noch lange nicht erledigt. Westberlin solle die „magnetische Wirkung“ genommen werden. Es solle so bald wie möglich in rechtlicher und organisatorischer Hinsicht von der Bundesrepublik getrennt werden, um auf diese Weise dem sowjetischen Freistadtplan näher zu kommen und bessere Voraussetzungen für kommende Ost-West-Verhandlungen zu schaffen.
3. Allerdings sei das Problem Westberlin nur für ULBRICHT das erstrangige Thema, während es für CHRUSCHTSCHEW erst an zweiter Stelle stehe. Die Neutralisierung beider deutscher Staaten und die Abrüstung der Bundesrepublik seien für den Kremlchef die wichtigsten Themen, – die Westberlinkrise bilde nur den Hebel in dieser Richtung. Die letzten Noten, etwa die zu den Luftkorridoren, sollten die Westmächte für diese Entwicklung reif machen. Moskau verspreche sich viel von der scharfen Gangart, da sich die westliche Handlungsweise weiterhin als defensiv gezeigt habe.
4. Grundsätzlich sei CHRUSCHTSCHEW an Verhandlungen mit dem Westen interessiert, jedoch aus den genannten Gründen für die nächsten Wochen „nicht konferenzfreudig“.

Stellungnahme:

Meldungsinhalt stimmt in den Grundzügen mit hiesiger Beurteilung überein. Die Anerkennung der SBZ wird sowjetischerseits als Voraussetzung für weitere politische Operationen in Richtung eines neuen Sicherheitssystems in Zentraleuropa gefordert. Die Feststellung in Ziffer 4 betrifft eine Frage taktischen Ranges. Z. Zt. tendiert CHRUSCHTSCHEW trotz Aufrechterhaltung des vollen Drucks und seiner Zeitplanung im großen durchaus zu einer Ausschöpfung der Möglichkeiten, die zu einem diplomatischen Einlenken des Westens führen könnten.

Dokument 15:

Fernschreiben PA 91128-m des BND vom 5. Oktober 1961, BA Koblenz, B 206/823, o. Bl.

Meldedienstliche Verschlussache 1034/7/61
BND – 05 – PA-91128-m/61 VS-Vertr. 5. 10. 1961

Betrifft: Konferenz PERWUCHIN¹³⁷–ULBRICHT über Friedensvertrag und Grenzsicherung

Zeit d. Festst.: Ende September 1961
Bewertung: C-3

Meldung:

Aus Ostberlin:

1. Am 25. 9. 1961 fand in der Ostberliner Sowjetbotschaft eine Besprechung Botschafter PERWUCHINs mit ULBRICHT statt. Von beiden Seiten waren militärische Experten hinzugezogen worden, – von sowjetischer Seite war Marschall KONJEW anwesend.
 - a) PERWUCHIN hat ULBRICHT dabei mitgeteilt, dass sich einige Voraussetzungen für die sowjetische Taktik in der Berlinfrage geändert hätten. Es sei deshalb zweckmäßig, in der Agitation für die Unterzeichnung eines Friedensvertrages mit der SBZ nicht mehr zu sagen „noch in diesem Jahr“ sondern „nicht mehr länger aufschiebbar“. Allerdings gab PERWUCHIN keine konkrete Begründung, sondern wies lediglich unter Bezugnahme auf seine Anweisungen aus Moskau auf gewisse Anzeichen hin, die möglicherweise für ein Hinausschieben der Unterzeichnung sprächen.
 - b) Wie weiterhin inoffiziell bekannt wurde, wird der endgültige Unterzeichnungstermin im Anschluss an die Beendigung des Parteitages der KPdSU mit den Parteidelegationen aus den Warschauer Paktstaaten in Moskau beraten und festgelegt werden.
 - c) ULBRICHT ist bereits zum 15. 10. 1961 nach Moskau beordert worden. Angeblich wird dort mit ihm über eine Korrektur bzw. eine Umwandlung des bereits erstellten Friedensvertrag-Entwurfes verhandelt werden. Prof. KRÖGER¹³⁸ und andere Staatsrechtler haben Anweisung, nach dem Abschluss des Parteitages nach Moskau zu kommen.
2. Über diese Mitteilung PERWUCHINs hinaus hat sich die Besprechung fast ausschließlich auf die Abdichtung und militärische Sicherung der Staats-

¹³⁷ Pervuchin, Michail Georgevič (1904–1978), Sowjetischer Partei- und Staatsfunktionär, im Februar 1958 zum Botschafter der UdSSR in der DDR ernannt, verlor diesen Posten 1962 wegen Differenzen mit SED-Chef Ulbricht.

¹³⁸ Kröger, Herbert (1913–1989), Staats- und Völkerrechtler, Rektor der Akademie für Staat und Recht, Vizepräsident der Gesellschaft für Völkerrecht in der DDR.

grenze der „SBZ“ in Berlin und gegenüber der Bundesrepublik zum gegenwärtigen Zeitpunkt und nach erfolgter Unterzeichnung des Friedensvertrages bezogen.

- a) Danach sollen die zu treffenden Maßnahmen so perfektioniert werden, dass „keine Maus mehr durchkommt“, dass aber gleichzeitig Komplikationen und Konflikte mit den Grenzschutzeinheiten der Bundesrepublik sowie der Alliierten nicht nur vermieden, sondern gänzlich unmöglich gemacht werden.
- b) Im einzelnen wurde die am 26.9. 1961 von ULBRICHT mit HOFFMANN¹³⁹, MARON¹⁴⁰ und anderen gemeinsam mit Marschall KONJEW sowie dessen mit Grenzsicherungsfragen befassten Stabsoffizieren angetretene Inspektionsreise nach Thüringen festgelegt. Bei der Inspektionsreise sollten neben Fragen der Grenzsicherung und der Luftabwehr auch Maßnahmen überlegt werden, die eine Einschleusung von Agenten verhindern.
- c) In der Besprechung ist wiederholt angeklungen, dass die Sowjets nach Durchführung der angestrebten hermetischen Absicherung der Grenzen bei künftigen Verhandlungen mit den Westmächten nicht mehr unbedingt auf der Durchsetzung der Kontrolle des zivilen Luftverkehrs bestehen wollen.

Stellungnahme:

Ziffer 1a)

Konkrete Anzeichen für ein Verschieben des Friedensvertrags über das Jahresende hinaus liegen nicht vor. GROMYKO¹⁴¹ hat sich in seiner Rede vom 26. 9. 1961 wiederum für einen Abschluss des Friedensvertrages „noch in diesem Jahr“ ausgesprochen. Die Formel „nicht mehr länger aufschiebbar“ wird im übrigen von östlicher Seite schon seit geraumer Zeit gebraucht und sagt nichts hinsichtlich einer Terminverschiebung aus.

Ziffer 1c)

Ein persönliches Erscheinen ULBRICHTs in Moskau zur Eröffnung des XXII. Parteitages ist zu erwarten, ebenso eine inoffizielle Konferenz der KP-Chefs des Sowjetblocks.

¹³⁹ Hoffmann, Heinz (1910–1985), Armeegeneral (1961) – Minister für Nationale Verteidigung. Von 1960 bis 1985 Verteidigungsminister der DDR, seit 1973 Mitglied des Politbüros der SED.

¹⁴⁰ Maron, Karl (1903–1975), Generaloberst der VP (1961) – Minister des Innern. 1955 Chef der Deutschen Volkspolizei, dann Ernennung zum Minister des Innern, 1963 Rücktritt aus gesundheitlichen Gründen, ab 1964 Leiter des Instituts für Meinungsforschung beim ZK der SED.

¹⁴¹ Gromyko, Andrej Andrejevič (1909–1989), Sowjetischer Außenminister. Ab 1939 im diplomatischen Dienst tätig, 1957–1985 Außenminister der UdSSR, 1956–1989 Mitglied des ZK der KPdSU, 1973–1988 Mitglied des Politbüros der KPdSU, 1985–1989 Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR.